

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3 Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 19. Februar 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Richtlinien der Regierung Marx.

Kampfanfrage der Rechtsparteien.

Auf dem Platz Otto Brauns stand gestern Wilhelm Marx. Der frühere Reichskanzler gab im preussischen Landtag die offizielle Regierungserklärung ab.

Rur als solche „Richtlinien“ sind denn auch die Worte des neuen Ministerpräsidenten in Wirklichkeit zu deuten.

Die Sozialdemokratie gewährt der neuen Regierung ihre Unterstützung, obgleich sie ihren eigenen Wünschen durchaus nicht entspricht.

Wenn das der Fall sein soll, so wird sich allerdings die Regierung über die Ausführung der von Marx gegebenen „Richtlinien“ sehr eingehend zu unterhalten haben.

Die Frage, die der Sozialdemokratie gestellt ist, lautet demnach nicht: Ist die Regierung Marx an sich das Ideal?

So wie sich die Dinge gestaltet haben, ist das Kabinett Marx ein Kabinett des Bekenntnisses zur republikanischen Staatsform und damit ein Kampfkabinett gegen die monarchistischen reaktionären Bestrebungen.

Aus dieser Sachlage ergibt sich die Stellungnahme der Sozialdemokratie von selbst. Unsere Partei wird nicht kampflös dem Antium der Bürgerblockparteien weichen.

Die Sozialdemokratie fühlt sich verantwortlich für den Bestand der Republik, die im wesentlichen unter ihrer Mitwirkung Gestalt gewonnen hat.

Der Landtag trat gestern um 2 Uhr zusammen. Präsident Bartsch teilte offiziell mit, daß Ministerpräsident Marx die Wahl angenommen habe.

Inzwischen haben sich die neuen Minister allmählich an der Ministerbank eingefunden, und zwar ohne den Ministerpräsidenten Marx.

Nachdem einige unwesentliche Vorlagen erledigt sind, erscheint Ministerpräsident Marx im Saale und nimmt seinen Platz ein.

Ministerpräsident Marx

Spricht zunächst dem Landtag seinen Dank für das ihm durch die Wahl zum Ministerpräsidenten erwiesene Vertrauen aus und stellt dann die Mitglieder seines Kabinetts vor.

Der Ministerpräsident führt, nach herzlichsten Worten der Anteilnahme an dem Dortmunder Grubenunglück, weiter aus: Würmten Dank spreche ich namens des gesamten Staatsministeriums aus den Mitgliedern des Kabinetts Braun.

Schwere Jahre für das gesamte Deutsche Reich und Volk hat das Kabinett Braun durchlebt. Nur ganz allmählich schien das Jahr 1924 eine Besserung und Klärung unserer außenpolitischen Beziehungen herbeizuführen.

Die Kölner Zone vom 10. Januar d. J. nicht geräumt wurde. Wir wissen uns eins mit der Auffassung aller Parteien dieses hohen Hauses, nicht weniger mit der Reichsregierung.

Der aus der Bevölkerung der Rheinlande und des Ruhrgebietes der Staatsregierung zugegangenen Bitte, bei Strataten, die auf die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der Ruhrbesetzung zurückzuführen sind.

von dem Rechte der Vergünstigung Gebrauch zu machen, wird in möglichst weitgehendem Umfang entprochen werden.

Nach immer muß die Außenpolitik als in erster Linie für unser politisches Verhalten maßgebend betrachtet werden, und alle innenpolitischen Wünsche müssen vor den auswärtigen Interessen zurücktreten und sich nach ihnen einrichten.

Die Staatsregierung wird mit aller Sorgfalt und aller Entschiedenheit dahin wirken, daß möglichst bald eine Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern stattfindet.

Bei allseitig gutem Willen wird und muß sich ein Ausgleich der verschiedenen Interessen finden lassen, der zweifellos notwendig ist, falls nicht Reich und Länder gleichzeitig darunter leiden sollen.

Der Landwirtschaft muß die Förderung zuteil werden, die ihr als einem der wichtigsten Berufsstände im Volkstieben zukommt.

Die Erträge sind auf breiterer Grundlage zu steigern, die Urbarmachung von Dedland ist zu begünstigen und die Siedlungspolitik ist fortzusetzen.

Eine wesentliche Aufgabe der Regierung ist die Durchführung der Reform der kommunalen und staatlichen Verwaltung.

Die Schwierigkeiten einer großen einheitlichen Verwaltungsreform liegen — darauf ist bei den früheren Beratungen immer wieder hingewiesen worden — nicht zuletzt darin, daß die finanziellen Unterlagen für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung noch nicht gegeben waren.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich.

der die Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden für die nächste Zeit regeln soll, werden auch den Gemeinden wieder eigene Einnahmen schaffen müssen.

Die Lage der preussischen Finanzen erfüllt das Staatsministerium mit ernstlicher Sorge. Durch die Beschlüsse der vorigen Regierung und des alten Landtages, die Dank und Anerkennung verdienen, ist zwar das Reichseinkommen im Staatshaushalt vorläufig hergestellt.

übernehmen läßt — leider, ohne für diese Haftung immer Klarerkennung zu finden —, aber

Preußen muß für sich und seine Gemeinden beanspruchen, nicht nur an dem Ertrage der großen Steuern in stärkerem Umfange als es die Reichsregierung plant, beteiligt zu werden, sondern auch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung dieser Steuern zu gewinnen.

Die Länder und Gemeinden haben von alters her große Aufgaben zu erfüllen, neue Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, sind ihnen durch das Reich zugewiesen; sie können diesen Aufgaben nur gerecht werden, wenn ihnen die erforderliche Bewegungsfreiheit auf finanziellem Gebiete gewährt wird. Die entscheidenden Verhandlungen mit dem Reich frehen vor der Tür, ja Preußen ist vielleicht dadurch, daß ihm in den letzten Wochen eine verantwortliche Regierung fehlte, schon ins Hintertreffen gekommen, jedenfalls ist Gefahr im Verzuge. Ich halte es für meine Pflicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, welche schwere Verantwortung alle diejenigen auf sich laden, die die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung unmöglich machen und dadurch verhindern, daß der preussische Staat bei den Verhandlungen mit dem Reich die erforderliche Autorität vertritt werden. Bei der Mitarbeit an der Reichssteuergesetzgebung und bei der Gestaltung der Landessteuern wird sich das Staatsministerium von dem Gedanken leiten lassen, die Steuererhebung und Verwaltung zu vereinfachen und die deutsche Volkswirtschaft

vor allem den landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittelstand und die große Menge der Festbesetzten im Rahmen des Möglichen zu entlasten.

Das zuletzt Benannte läßt sich nur erreichen, wenn das Staatsministerium in seinem Bestreben, die größte Sparbarkeit zu entwickeln, von dem Landtage unterstützt wird.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich noch im Aufbau auf der Grundlage, die ihr durch die Schaffung einer stabilen Währung gegeben worden ist. Für die Entwicklung von Handel, Industrie und Gewerbe wird es von entscheidender Bedeutung sein, inwieweit es der deutschen Wirtschaft mit Hilfe geeigneter Handelsverträge gelingt, Wiederanschluß an die Weltwirtschaft zu gewinnen und durch Hebung der Konsumkraft der deutschen Bevölkerung den inneren Markt aufnahmefähiger für die Erzeugnisse deutscher Arbeit zu machen. Es wird die besondere Aufgabe des Staatsministeriums sein, darüber zu wachen, daß in der aus der Inflation und ihrer Ueberwindung erwachsenen unnormalen Lage unserer Volkswirtschaft nicht wertvolle und für den gesunden Aufbau unserer Volkswirtschaft und unseres Staates notwendige Glieder der deutschen Wirtschaft vernichtet oder in ihrer Erholung durch die Uebermacht öffentlicher oder privater Kapitalzusammenballungen gehindert werden.

Insbesondere wird es notwendig sein, den notleidenden Teilen der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstandes und des Handwerks durch Zuerstverfügungstellung von Kredit in möglichst weitem Umfange zu helfen und der steuerlichen Ueberlastung entgegenzuwirken, die gerade bei diesen Schichten des deutschen Volkes vielfach vorhanden ist.

Auch im übrigen wird die Staatsregierung dem in schwerer Notlage befindlichen Mittelstand ihre Aufmerksamkeit zuwenden und, wo und wie sie nur immer vermag, auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verwaltung Schutzmaßnahmen ertrotzen, um die möglichst weitgehende Gesundung der dem Mittelstand zuzurechnenden Bevölkerungsteile herbeizuführen. Hierin gebührt auch die Fürsorge für die Beamten aller Art in möglichst weitem Umfange. Leider ist ja unsere finanzielle Lage noch nicht derart, daß wir uns an sich durchaus gerechtfertigten Wünschen der Beamtenchaft in vollem Umfange Erfüllung in Aussicht stellen können. Jedenfalls soll alles geschehen, was mit der Stabilität und der Kräftigung unseres Finanzwesens irgendwie zu vereinbaren ist.

Auf kulturpolitischem Gebiete wird die Regierung die große Linie des vorigen Kabinetts innehalten. Dies gilt insbesondere für die Stellung des Staates gegenüber den Kirchen und den wesentlichen Fragen der Schul-, Hochschul- und Kunstpolitik. Die Reform des höheren Schulwesens und die Neugestaltung der Lehrerbildung soll im Sinn der in Angriff genommenen, vom Landtag gutgeheißenen Maßnahmen durchgeführt werden. Inwieweit im Einzelfall das Reich von seiner Grundgesetzgebung Gebrauch machen wird, steht noch dahin; doch wird an dem bisherigen Grundsatze festzuhalten sein, daß

Die Kulturpolitik im wesentlichen Sinne der Länder

ist, und daß deshalb die notwendige Vereinheitlichung des deutschen Schulwesens, die niemals eine schematische sein kann, am besten durch Vereinbarung zwischen den Ländern und zwischen dem Reich und den Ländern zu erstreben sein wird.

Die Schule muß den Geist echten Christentums praktisch lebendig machen. Die Notwendigkeit der sogenannten weltlichen Sammelklassen muß möglichst bald durch Reichsgesetz eine rechtlich einwandfreie Grundlage erhalten. In allen Schulen soll die Jugend zur Vaterlandsliebe und zum Verständnis deutscher Wesensart erzogen werden. Nur aus dem Erlebnis des eigenen Volkes läßt sich Verständnis für das Wesen anderer Völker gewinnen und damit die Verwirklichung der Forderung der Reichsvereinfachung nach einer Erziehung im Sinn der Völkerverständigung erst ermöglichen. Die Schule soll die Klassen und Parteien nicht trennen, sondern verbinden und hat sich deshalb von parteipolitischen Fragestellungen freizubehalten, sie hat aber zum Verständnis der Lebensnotwendigkeiten des Volkes und zur Achtung der verschiedenen Standpunkte zu erziehen. Sie soll einen freudigen Glauben an die deutsche Zukunft in den Herzen unserer Jugend wecken und sie zu verantwortungsbewußter Teilnahme am Staatsleben der deutschen Republik reif machen. Das wird sie nur können, wenn sie alle Fähigkeiten der heranwachsenden Jugend, die geistigen wie die körperlichen, gleichmäßig entwickelt.

Auf dem Gebiete der Volksgesundheit wird die Staatsregierung unablässig bestrebt sein, die schweren Schäden des Krieges und der Nachkriegszeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und auszugleichen.

Das Ziel der staatlichen Wohnungspolitik muß dahin gehen, die noch bestehenden Bindungen in der Wohnungswirtschaft balmöglichst zu beseitigen.

Dies wird am ehesten erreicht werden, wenn die Neubautätigkeit durch öffentliche Mittel auf das nachdrücklichste gefördert wird. Die hierzu erforderlichen Maßnahmen müssen sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen.

Die Staatsregierung verfolgt mit besonderem Ernste die Sorge des Arbeitsmarktes. Sie steht in der Arbeitsbeschaffung die beste Form einer Erwerbslosenunterstützung und wird daher der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ihre ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Dabei wird sie bestrebt sein, vorzugsweise solche Arbeiten zu fördern, die die heimische Produktion dauernd anregen oder fördern. Die beschleunigte Einführung einer Arbeitslosenversicherung wird die Staatsregierung auf das nachdrücklichste unterstützen.

Die soziale Förderung der gewerblichen Arbeiterklasse liegt in erster Linie dem Reiche ob, aber auch hier werden wir in Preußen, soweit wir es vermögen, die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung zu bessern suchen, der sozialen Gerechtigkeit wegen, aber auch, weil es sich um für das Staatswohl besonders wertvolle nationale Kräfte handelt.

Die materielle Hebung der verschiedenen Berufsstände und des gesamten Volkes betrachten wir als eine selbstverständliche, aber mit größter Sorgfalt zu erfüllende Pflicht der Staatsregierung. Alle in dieser Richtung auswendende Mühe und Sorgfalt wäre aber vergebens, wenn nicht unsere staatliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten würde. Bei der Auffassung und Durchführung der der Staatsregierung in dieser Beziehung obliegenden Pflicht wird sie sich, unbeirrt von den wechselnden Strömungen des politischen Betriebes, allein von den Notwendigkeiten des Staatswohls leiten lassen.

Dies schließt nicht aus, daß wir, soweit es mit der Rücksicht auf die Erhaltung des Staates vereinbar ist, die Frage der Gnadenbewerbe für diejenigen, die in der Vergangenheit aus politischen Beweggründen gegen die Strafrechtspflege verfahren haben, mit möglichst weitgehendem Wohlwollen prüfen werden.

Zur Gewährleistung der Ordnung bedarf es in Anbetracht der politischen Zerrissenheit des Volkes, der wirtschaftlichen und sozialen Not vieler Kreise, mit der die Gefahr der Verwilderung und der Verbrechen verbunden ist, einer starken, allen Anforderungen gerade dieser Zeit gemachten Polizei, die unbedingt verfassungstreu, ein jederzeit zuverlässiges Instrument der Staatsregierung ist. In diesem Sinne gilt es, die vorhandene Polizei, deren wirtschaftliche Besserstellung in Uebereinstimmung mit der im letzten Landtage von allen Parteien vertretenen Auffassung in die Wege geleitet werden soll, auch nach Maßgabe der sachtechnischen Erfordernisse weiter auszubauen. Dabei sollen die seinerzeit eingegangenen außenpolitischen Bindungen durchaus beachtet werden, allerdings in der bestimmten

Erwartung, daß die alliierten Mächte bei der fernestmöglichen zweifelsfreien Auslegung der einschlägigen Vertragsbestimmungen die Lebensnotwendigkeiten der zur Durchführung einer starken Politik mehr als je notwendigen Nachmittel nicht streitig machen.

Die Ruhe und Stetigkeit der Entwicklung unseres Staatswesens wird in erster Linie nur zu sichern sein auf Grund echter und tiefer nationaler und staatsbürgerlicher Gesinnung der gesamten Bevölkerung. Unser Staatswesen, dem im letzten Jahrzehnt so schwere Wunden zugefügt worden sind, kann nicht gesund, sondern muß zusammenbrechen, wenn nicht alle, die ihr Volk und ihr Vaterland wahrhaft lieben, sich zusammenfinden in dem ersten Vorjahre, allen

Streit und Hader über die Staatsform jurädzustellen vor dem einen Ziel, auf dem Boden der bestehenden republikanischen Verfassung das allgemeine Wohl des Volkes und des Staates zu fördern.

Wahrhaftig, unsere staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind noch derart unsicher und jammervoll, daß die volle Kraft der Parteien, die überhaupt noch ein geordnetes Staatswesen festhalten wollen, auf die politische und wirtschaftliche Kräftigung unseres Volkes gerichtet sein muß! Mit tiefstem Schmerz muß jeden sein Volk und Vaterland warm Liebenden die leider nicht abzuleugnende Last der durchdringenden, daß seit einigen Monaten unser Volk in steigendem Maße dabei ist, sich in innerpolitischen und parteipolitischen Streitigkeiten zu zerfleischen. Ich würde es als eine Pflicht der Regierung anheben, wenn ich nicht auch von dieser Stelle aus mit aller Entschiedenheit an alle Volkskreise die Bitte auszusprechen die dringende Bitte richten würde, doch abzulassen von dem ungesunden inneren Streit, der namentlich verberlich ist zu einer Zeit, wo ein starkes und in sich einig deutsches Volk notwendig wäre, um den Bedürfnissen von auswärts möglichst geschlossenen Widerstand entgegenzustellen.

Selbstredend ist es die vornehmste Pflicht der Staatsregierung, mit aller Entschiedenheit für den

Schutz und die Beobachtung der bestehenden Staatsverfassung einzutreten. Sie wird das zu Recht bestehende Staatsgrundgesetz gegen jede widerrechtliche Verletzung zu verteidigen wissen! Sie rechnet hierbei auf die Unterstützung der gesamten Beamtenchaft. Für die Zeit kam ich mir nur die Worte zu eigen machen, mit denen am 10. November 1921 die Regierung der großen Koalition zur Beamtenfrage Stellung genommen hat.

An Sie, als die Vertretung des preussischen Volkes, ergeht der Ruf, der Staatsregierung zur Erreichung ihres Zieles den Weg frei zu geben und starke Hilfe zu leisten. Das Ziel unserer gemeinsamen ersten Arbeit soll sein: Das Wohl unseres Volkes, die Stärke Preußens und des Deutschen Reiches!

Von den Kommunisten wurde die Rede an verschiedenen Stellen durch Jurufe „Kuhrgeldschlebung“ und „Barmat-Schieber“ unterbrochen. Als das auch bei der Behandlung der Unternehmung an der Grubenkatastrophe geschah, bezeugte der Ministerpräsident unter dem Beifall der Mehrheit solche Jurufe als bedauerlich rohe Störungen. Dem kommunistischen Abg. Paul Hoffmann wurde auf seine Zwischenrufe wiederholt von sozialdemokratischen Abgeordneten geantwortet: „Kinderausbeuter!“. Am Schlusse der Rede kam es in der Mitte und bei den Sozialdemokraten zu lebhaften Beifallsbekundungen. Die Kommunisten piffen und zischen vereinzelt. Auf der rechten Seite unterließ jede Kundgebung.

Der Präsident stellte das Einverständnis des Hauses damit fest, daß nach einer einstündigen Sitzungspause die Behandlung der Regierungserklärung beginnen soll. — Schluß 3/4 Uhr.

(Schluß des Berichts in der 2. Beilage.)

Verhaftung russischer Monarchisten in Warschau. Großes Aufsehen erregt in Warschau die Verhaftung des stellvertretenden Vorsitzenden der russischen monarchistischen Organisation in Polen Grafen Eugen Toll. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit sind ferner ein Fürst Amolow, ein Baron Tiefenhausen und ein ehemaliger zaristischer Offizier Gajewski verhaftet worden.

Junger wieder Mord in Bulgarien. Wie das Ung. Tel. Korrespondenz-Bureau aus Sofia meldet, wurde vorgestern Abend in Sofia der kommunistische Abgeordnete Strahimir ermordet. Es gelang nicht, der Mörder habhaft zu werden. In Philippopol wurde der Sekretär des Bürgermeisters ermordet und der Chef der Geheimen Polizei verwundet.

Frage.

Von Margarete Siebmann.

Kennst du, Unbekannter, der du nachts erwachst, das Gefühl schmerzlichen Erschreckens: O, was habe ich getan mit meinem Leben, mit meiner Jugend, mit all diesen kostbaren Minuten, Stunden, Monaten und Jahren?

Sind diese Hände, dieser Tisch, diese Stühle dort, das dämmernde verhangene Fenster, diese Straßen, durch die ich am Tage gehe, meinem Beruf zuzurechnen, dieser Beruf selbst, die Regelmäßigkeit, mit der ich ihn übe, Tag für Tag — die Straßenbahn voller Menschen, fremd und stumm mit gegenüber stehend, die Geräusche der Straße, fernher kommend, mit unsichtbaren Fäden mich Unbekanntem verbindend, das Lampenlicht in den abendlichen Stuben, das enge Behagen des Zusammenlebens, das Klappern der Teller, die Befolgungen in den Kaufhäusern, die Geschäftigkeit, Wahlzeiten herzuführen, Tätigkeiten auszuführen, die unnütz sind und zwecklos, oder zweckvoll, um ein wenig Geld damit zu verdienen, dieses Leben zu fristen — sind sie, sie mein Leben?

O Unbekannter, möchtest du dann nicht aufschreiben wie einer, dem ein schneidender erwarteter Zug, der ihn in glühend gewünschte Fernen bringen sollte, langsam vorüber fährt, ohne ihn mitzunehmen — möchtest du dann nicht aufschreiben: Ha! Ha! ihm blöde nachblickend wie ein Betrüger? Und denken: vielleicht kommt noch einer, diesen dann werde ich benutzen — doch alle, alle fahren vorbei?

Leisigeneit stehen Hindus vor jewelengeschmückten Buddhas, chinesische Kulis tragen Baldachine auf schwankenden Stäben, afrikanische Beduinen brausen durch die Wüste, aus tausend gläsernen Augen stieren New Yorks hundertstöckige Häuser — o, du kennst dieses alles —, was aber weißt du von dem Leben jenes garten, schmalwangigen Mädchens, das einsam aufwächst in der fernsten Hütte Sibiriens oder Lapplands oder des nächsten Dorfes? Kennst du nur einen Gedanken der eiligen Millionen, die mit dir diese kurze Spanne Zeit teilen? Kennst du die Gedanken des dir so eng verbundenen Geliebten?

O Unbekannter, der du nachts erwachst, überfällt dich nicht Angst gleich einer Viper, die, anschnellend, dir nach dem Herzen sticht? Angst um Unwiederbringliches?

Jetzt bist du, jetzt — und niemals sonst! Bist das in Ewigkeit nicht Wiederkehrendes, dein einmaliges, heute nur empfindendes Ich? Sprich, wie verbrachtest du deine Minuten, deine Stunden, deine Monate, deine Jahre?

Ueberrahme des Deutschen Opernhauses durch die Stadt Berlin. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung: 1. zur Erhaltung des Deutschen Opernhauses als Opernunternehmens die Gründung einer städtischen Aktiengesellschaft unter Ausschluß von Privatkapital. 2. Die Be-

willigung von jährlich 150 000 M. für Betriebszwecke und von weiteren 150 000 M. jährlich im Bedarfsfalle. 3. Die einmalige Bewilligung von 80 000 M. zur Abwicklung des Konkurses. Der Magistrat wird der Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen lassen und zusammen mit der Städtischen Kammerdeputation die Satzungen der neuen Aktiengesellschaft entwerfen.

Die Berliner Medizinische Gesellschaft hatte für gestern Abend, gemeinsam mit dem Deutschen Krebs-Komitee, anlässlich des 25jährigen Bestehens von einer Sitzung im Langenbeck-Haus im Reichspräsidentenpalast, geleitet von den Professoren Kraus und Benda vom Vorstande der Medizinischen Gesellschaft. Nach einer kurzen Begrüßung des Reichspräsidenten und anderer Gäste durch Prof. Kraus, gedachte man des vor wenigen Tagen verstorbenen Prof. Julius Hirschberg.

Sobann erhielt ein erfolgreicher jüngerer Krebsforscher Dr. Otto Warburg das Wort zu einem Vortrage über den Stoffwechsel der Krebszelle. Aus dem Studium der Entwicklungsbedingungen des Seesäugers kam Warburg zu der Feststellung, daß die Krebszelle zum Teil auf Kosten einer Gärung, zum Teil auf Grund einer Oxydation gedeihe. Als Wachstumsreiz wurde — ähnlich wie dies auch für die Milchsäurebazillen zutrifft — der Mangel an Sauerstoff nachgewiesen. Diese Feststellung Warburgs darf als eine bedeutende Entdeckung bewertet werden. Ferner betonte der Redner auf Grund seiner Forschungen, daß der Gärungsstoffwechsel der Krebszelle große Ähnlichkeit mit den Verhältnissen habe, wie wir sie vom embryonalen Gewebe her kennen. — Darauf erstattete Prof. Lubarsch einen Bericht über die Geschichte der Krebsforschung während der letzten 25 Jahre. — Prof. Blumenthal, der Leiter des Krebsinstituts der Charité, führte folgendes aus: Vor 25 Jahren war bei Erkrankungen an Krebs die Operation die einzige Hilfe. Eine große Bedeutung für die Krebsbehandlung erlangten die Bestrahlungen. Man wendet Röntgenstrahlen, Radium und Mesothorium an. Von Bedeutung wurde später die vom Berliner Professor Paul Lazarus angegebene sogenannte Epidemethode. In allerjüngster Zeit hat der Berliner Privatdozent Dr. Halberstädter eine wichtige Entdeckung gemacht, indem er die Thorium X in Form von Stäbchen anwandte und dieselbe Wirkung erzielte wie bei Radiumemanationen.

Zum Schluß der Sitzung gab Prof. Kraus die Ernennung von drei neuen Ehrenmitgliedern der Berliner Medizinischen Gesellschaft bekannt. Es sind dies Frau Leyden, der frühere Ministerialdirektor Prof. Kirchner und der bekannte Frauenarzt Prof. Winter-Königsberg.

Die Reklame im Dienst der Politik. In den Behauptungen der Deutschen Hochschule für Politik am Schinkelplatz 6 findet diese Woche eine kleine Ausstellung: „Das politische Plakat in den letzten Kämpfen“ hat. Sie enthält außer Plakaten eine Anzahl von Flugblättern, Bänderbogen und Handzettel. Alle Varietäten sind vertreten. Aber nicht ein einziges volleswertiges Werk. Nicht ein einziges Stück, von dem man sagen könnte, es erfülle alle Forderungen, die man an ein Plakat stellen muß. Keine originelle Idee. Das Zentrum bringt ein vornehmes Blatt — blaue Kapelle auf schwarzem Grund, edle schwarze Schrift —, dem aber jede Plakataktion fehlt. Die Deutschnationalen lassen Ideen

fliegen und schwarzweißrote Banner wehen und befrachten den geistigen Bedarf kräftig durch antilettische Wijsse oder Plagiate. Die Volksparteiler prunken mit Bismard- und Stresemann-Bildnissen, die Demokraten mit Uhlant, Stein, Hoffmann von Fallersleben. Die Kommunisten sind die einzigen, die ein wirkliches Kunstwerk ins Leben schickten. Aber es entzammte nicht ihren Kreisen und es ist auch kein Plakat, sondern eine Reproduktion von Steinles Bild „Die Befreierin“. Unter den sozialdemokratischen Plakaten hat nach meinem Gefühl Kirchbuchs Blatt mit dem Befehlshaber, der dem hungernden Volk das Brot hochhält, die härteste Wirkung, aber es ist besonders in der Farbe, recht kräftig. Schulpigs Wegweiser, der aus dem Chaos der Gegenwart in die fruchtbringende Zukunft deutet, ist als graphisches Werk vorzüglich, auch von starker Plakataktion, hat aber den Fehler, daß es nicht auf den ersten Blick verständlich ist. Sehr schön sind unsere illustrierten Flugblätter mit Köstlers unsverwundlichem Kronprinzenporträt und dem pensionierten Wilhelm auf der Gartentank. Alles in allem: Die Ausstellung macht als Ganzes keinen erfreulichen Eindruck. Frankreich und England leisten auf dem Gebiet des politischen Plakats heute unvergleichlich Besseres und auch die deutsche Geschäftsplakatkunst steht auf wesentlich höherer Stufe.

Maurus Jofal. Ungarn feiert heute den hundertsten Geburtstag seines größten Erzählers. Maurus Jofal war der Sproß einer alten Adelsfamilie, der seine juristischen Studien als Doktor abschloß, aber niemals eine Praxis ausübte. Von Anfang an drängte es ihn zum Schriftstellertum, und er wurde nicht nur ein überaus fruchtbarer Dichter, sondern auch ein unermüdlicher Journalist, der zeitweise drei Zeitschriften auf einmal redigierte und mit seinen Ideen tief ins Volk dring. In der Revolution von 1848 nahm er tätigen Anteil und die historische Rolle, die er spielte, hat er in mancher Dichtung verewigt. Jofal war mit Petöfi der Führer der Jugend, die am 15. März die „Zwölf Punkte“ (Vorfreiheit usw.) erlängte. Er mußte dann in die Wildnis flüchten und blieb verstreut, bis ihn die Militärdiktatur freisprach. Von nun an trat er im politischen Leben als Abgeordneter hervor. Als er sein fünfzigjähriges Schriftstellerjubiläum 1894 feierte, erschien eine nationale Prachtausgabe seiner Werke in hundert Bänden, aber sie enthält bei weitem nicht alles, was er geschrieben. Wollte man alle seine Aufsätze, Reden und Erzählungen drucken, so würden über 200 Bände gefüllt werden. Die ganze Geschichte Ungarns hat er dargestellt, angefangen von den historischen Romanen, die in der Türkenzeit und in der Epoche Jofals II. spielen, bis zu den Werken, die das Leben der Gegenwart schildern oder sogar im Stile Jofals Bernes phantastische Zukunftsbilder entrollen. Der bedeutendste Teil seines Erzählerwerks sind die wunderbaren Bilder, die er von der „Guten alten Zeit“ im „Ungarischen Rabob“ und der Fortsetzung „Jofal Korpaty“ entwirft, die fortwährenden Romane aus der Zeit des Freiheitskampfes und der Reaktion. Auch Jofal ist schließlich dem Schicksal aller Dichter erlegen, indem er sich geben ließ, zu sehr von seiner Phantasie und Fabulierlust fortgerissen ward und in Ueberreibungen, Unwahrscheinlichkeiten, leere Effekte verfiel. Aber in seinen besten Werken zeigt er einen Reichtum der Erfindung, eine Klarheit und Fülle des Humors, eine Sicherheit der Beobachtung und eine erzählerische Kunst, wie sie nur wenige Dichter der Weltliteratur besitzen.

Reich und Ruhrskandal.

Entwurf auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht, der am Freitag zur Debatte gestellt werden soll:

Der Reichstag wolle beschließen:

Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, die an die Ruhrindustriellen gefolglos und zuviel ausgezahlten Beiträge zwecks Rückerstattung an das Reich festzustellen. Zu diesem Zweck ist erforderlich:

1. Feststellung der Höhe und Nachprüfung der Verwendung der Beiträge, die vom Reich für die Bohne, Materialaufwand usw. seit dem 11. Januar 1923 an die Wirtschaft der besetzten Gebiete gezahlt wurden.

2. Feststellung der Höhe und der Bedingungen der Kredite, die seit dem 11. Januar 1923 von den Reichsministerien, der Reichsbank, der Reichskredit- und Kontrollstelle, der Hsta usw. der Wirtschaft der besetzten Gebiete gewährt wurden. Insbesondere Feststellung der dem Reich bzw. der Reichsbank dadurch entstandenen Verluste.

3. Feststellung der Höhe des von den einzelnen Unternehmungen während des Jahres 1923 ausgegebenen Notgeldes.

4. Feststellung der im Jahre 1923 und 1924 entrichteten Steuerleistungen der später entschädigten Unternehmungen, insbesondere, in welchem Umfang Steuervergünstigungen gewährt wurden, bzw. wie hoch der Unterschied zwischen den geleisteten Zahlungen und den gesetzlich geregelten Steuerpflichtigkeiten ist.

5. Feststellung und Nachprüfung der Höhe und der Bedingungen der vom Reich gewährten Entschädigungen aus Anlaß der Ruhrbesetzung sowie der Micum-Lasten.

6. Feststellung und Nachprüfung der von der Ruhrkohle A.-G. vorgenommenen Unterverteilung der vom Reich gewährten Entschädigungen.

Paris, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie bereits die Ausstellungen der französischen Presse am Dienstag gezeigt haben, hat auch im Ausland das Memorandum der deutschen Regierung über den Ruhrskandal einen kläglichen Eindruck gemacht. Wenn die reaktionäre Presse den schwachen Versuch unternimmt, den Herren Stresemann und Luidor durch Wiederaufrichtung der bereits genügend widerlegten Fälschung zu sagen, daß für die den Ruhrindustriellen zugesagten Entschädigungen die damaligen sozialistischen Minister eine Verantwortung übernommen hätten, so liegt das ganz in der Richtung der nationalistischen Politik, die genau weiß, daß ihr Weizen nur dann blähen kann, solange in Deutschland eine Reichsregierung am Ruder ist. Die Blätter der Mehrheit dagegen finden, daß eine schlechte Sache nicht schlechter hätte verteidigt werden können, als in dem Memorandum der deutschen Regierung geschieht. Der „Quotidien“ gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Linke in Deutschland jeden Versuch, den Skandal zu erklären, verhindern werde; denn die Länder, die gegen Deutschland eine Anleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark gewährt haben, hätten ein Recht darauf, zu erfahren, wie die deutsche Regierung dazu gekommen sei, sieben Achtel davon den Ruhrindustriellen in den Taschen zu werfen. — „Echo de Paris“ unterstreicht die aus den in dem Memorandum veröffentlichten Briefe und Schriftstücke einwandfrei hervorgehenden Tatsachen, daß die Ruhrindustrie die Zusage der ungeheuren Entschädigungen von der Regierung durch die Drohung, zum Separatismus überzugehen, erpreßt habe.

Um die Angestelltenversicherung.

Kapitalansammlung, aber keine Renten.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages befaßt sich mit der Angestelltenversicherung. Ministerialdirektor Grieser gab einleitend ein Gesamtbild über den derzeitigen Stand der Versicherung. Am 1. Februar 1925 haben an Renten: 25 308 Ruhegehaltsfälle, 21 545 Witwen- und Witverrenten, 19 206 Waisenrenten. Bezahlt wurden monatlich für Ruhegeld 732 795 M., für Hinterbliebenenrenten 675 564 M.

Nach dem Vorschlag für 1925 wird bei einer Beitragseinnahme von 120 Millionen mit einem Vermögensüberschuß von 90 Millionen gerechnet. Es wurde angeregt, für die Versicherten der früheren Beitragsklassen I bis I eine bessere Aufwertung ihrer Leistungen herbeizuführen.

Genosse Siedel verlangte eine wesentliche Erhöhung der Renten, die bei der jetzigen sozialen Lage der Angestellten völlig unzulänglich geworden sind. Er gab zu erkennen, bei der Bewahrung des Ruhegeldes eine Differenzierung zwischen den zu 50 Proz. Erwerbsunfähigen und den völligen Invaliden einzuführen. Die Versicherungspflicht muß auf alle Angestellten ausgedehnt, die Wartezeit für die Hinterbliebenen auf 60 Beitragsmonate verkürzt werden. Auf das Heilverfahren soll ein Rechtsanspruch gewährt werden. Unter besonderem Hinweis auf die Lage der Wertmeister wird von Siedel verlangt, daß bei den Wanderversicherten die zur Invalidenversicherung geleisteten Beiträge auf die Wartezeit in der Angestelltenversicherung angerechnet werden. Schließlich verlangt die Sozialdemokratische Partei direkte Wahl der Versicherten zum Verwaltungsrat an Stelle der bisherigen indirekten Wahl durch die Vertrauensmänner.

Lambach (Dnat.) und Gehe (Z.) wenden sich gegen die sozialdemokratischen Anträge und fragen unter Bezugnahme auf Äußerungen in der sozialdemokratischen Presse nach der Kreditgebahrung der Reichsversicherungsanstalt.

Aufhäuser (Spz.) beantragt, entweder die über die Kredite schwebenden Ermittlungen des Reichsarbeitsministeriums abzuwarten, die Angelegenheit jetzt gelindert zu erörtern. Es könne dann nicht bei einer Ausdehnung des Reichsarbeitsministeriums verbleiben. Er wendet sich dagegen, daß die organisatorischen Fragen in der Angestelltenversicherung wiederum zurückgestellt werden sollen, insbesondere müsse das Wahlverfahren sofort geändert werden. Aufhäuser wendet sich dann

gegen die Inhaftierungspolitik der Angestelltenversicherung.

Das mathematische Gewissen des Reichsarbeitsministeriums genüge nicht. Wir brauchen mehr soziales Gewissen. Man könne von den heute unter größter Not lebenden Angestellten nicht verlangen, daß sie lediglich Kapitalien für die Zukunft ansammeln und sich selbst mit ungenügenden Renten abfinden. Der Grundbetrag für die Rente von 30 M. monatlich sei völlig unzulänglich. Die Wirtschaftlichkeit der Reichsversicherungsanstalt sei nicht gegeben angesichts der Tatsache, daß für Renten und Heilfürsorge insgesamt 33 Millionen, für die Verwaltung aber 6 Millionen, d. h. 20 Proz. ausgeschüttet werden sollen. Die Sozialversicherung müsse sich von der Privatversicherung unterscheiden und es geht nicht an, in den für die Angestellten besonders ungünstigen Zeitverhältnissen das Umlageverfahren durch das reine und sogar überspannte Kapitaldeckungsverfahren abzulösen. Die Vermögensanlage der Angestelltenversicherung zeigt, daß die er-

forderliche Erhöhung der Rentenleistungen durchführbar ist, ohne die Beiträge schon wieder zu erhöhen.

Unfere Genossen Aufhäuser, Siedel und Hoch begründeten sodann einen

Initiativantrag auf Verdoppelung des Grundbetrages

von 360 auf 720 M. jährlich, auf Verdoppelung des Steigerungsbetrages von 10 auf 20 Proz. und auf entsprechende Erhöhung des Rinderzuschusses, der Witwen- und der Waisenrente.

Die Regierungsvertreter lehnten kategorisch eine allgemeine Rentenerhöhung ab und erklärten sich nur mit einer Zusatzsteuerung (Aufwertung) der Renten in den vier obersten Beitragsklassen des alten Gesetzes einverstanden. Ein solcher Antrag, der für die Gehaltsklassen I bis I einen Steigerungsbetrag von 1 bis 4 Goldmark gewährt, wurde angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien scharf bekämpft und schließlich gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt, nachdem schon bei Beginn der Sitzung versucht worden war, die Erörterung der Rentenerhöhung in einer Geschäftsordnungsdebatte zu verhindern. Selbst eine von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Entschließung, wonach die Regierung angefordert wird, eine entsprechende Vorlage zu machen, wurde von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt. Ein Antrag der Demokraten, die Erhöhung des Grundbetrages auf 480 M., des Steigerungsbetrages auf 15 Proz. zu beschließen, wurde gleichfalls abgelehnt. Angenommen wurde lediglich eine Entschließung der bürgerlichen Parteien, wonach die Regierung ohne Bindung an einen Zeitpunkt eine Vorlage für die Erhöhung nach den im demokratischen Antrag enthaltenen Zahlen machen soll.

Der Reichstag geht also wieder einmal auseinander, ohne daß auch nur die völlig unzulänglichen Renten der Angestelltenvericherung erhöht werden. Die sozialdemokratische Fraktion wird ihren Initiativantrag im Plenum wiederholen. — Der sozialdemokratische Antrag, die Angestelltenversicherung auf alle Angestellten auszudehnen, ist gleichfalls abgelehnt und auch keinerlei Erhöhung der heutigen Versicherungsgrenze beschlossen worden.

Eine Alkoholdebatte.

Das Schankstättengesetz im Reichstag abgelehnt.

Der Reichstag erlebte gestern ganz unvermutet eine große Sitzung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, wonach die Reichsregierung ersucht werden sollte, den Entwurf eines Schankstättengesetzes wieder vorzulegen. Dieser Antrag war im bevölkerungspolitischen Ausschuss, wie Genosse Sollmann als Berichterstatter hervorhob, mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Alkoholindustrie sah darin einen Vorstoß gegen ihre Interessen und in der gestrigen Sitzung gaben zwei Redner der Wirtschaftspartei, Strauß und Rolke, und ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Schirmer, der Befürchtung Ausdruck, daß Deutschland nach dem Vorbild von Amerika „troden gelegt“ werden solle.

In sehr wirkungsvoller Weise wies Genosse Dr. Moses darauf hin, daß es sich hierbei keineswegs um den Versuch einer Trockenlegung handele, daß man auch nicht die anständigen Elemente des Gastwirtsberufes schädigen wolle, sondern daß es die ernste Pflicht des Reichstages und der Regierung sei, dem wieder überhandnehmenden Alkoholmißbrauch mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Er selbst sei kein Abstinenzist, aber als Arzt müsse er einer Volkskrankheit entgegenzutreten, die die Grundlagen der Wirtschaft und der Volksgesundheit zu zerstören drohe.

Besonderes Aufsehen erregte die Mitteilung des deutschnationalen Professors Dr. Strahlmann, daß ein von ihm geschriebener Artikel, der in objektiver Weise die Alkoholgesetzgebung in Amerika geschildert habe, von zwei großen Berliner Zeitungen zurückgewiesen worden sei. Leider nannte er nicht die Namen dieser Zeitungen, die ohne Zweifel seiner Partei angehören und bei denen die Forderungen des Alkoholkapitals höher gestellt werden als die Forderungen der Volksgesundheit. Unsere Genossin Luise Schröder protestierte im Namen der Frauen gegen die Verwüstung des Familienlebens durch den Alkoholismus und das Trinkenelend.

Der sozialdemokratische Antrag wurde jedoch in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 168 Stimmen abgelehnt, 16 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Für unseren Antrag stimmten geschlossen Sozialdemokraten und Kommunisten, außerdem eine Anzahl Zentrumleute, einige Demokraten und einige Deutschnationalen. Dagegen wurde ein deutschnationaler Antrag mit 309 gegen 53 Stimmen angenommen, der die Reichsregierung ersucht, schleunigst ein Gesetz zum Schutze der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens unter Ablehnung der Trockenlegung Deutschlands vorzulegen.

Vor dieser Debatte wurde ein Optionsabkommen mit Rumel in erster Beratung erledigt. Der Rest der Sitzung wurde bis zum späten Abend mit der Fortsetzung der Aussprache zur zweiten Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums ausgefüllt.

Reichswehr und Politik.

Erklärungen Geheles im Haushaltsausschuss.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages verlangten die Genossen Städeln und Schöpflin nachdrücklich, daß Heer und Marine von jeder politischen Beeinflussung ferngehalten werden müssen. Bei politischen Entgleisungen von Offizieren sei scharf durchzugreifen. Die Schaffung eines parlamentarischen Wehrats für Heer und Marine sei dringend zu empfehlen.

Reichswehrminister Dr. Gehele antwortete darauf, er habe die Zentralisierung der Reichswehr stets radikallos durchgeführt und bei Entgleisungen energisch zugegriffen. Er sei in politischen Dingen nie nachlässig gewesen, aber er müsse sich an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Im übrigen bestritt er, daß es jemals eine schwarze Reichswehr gegeben habe oder jetzt gebe.

Auf eine Frage des Gen. Moses nach dem Stand der Untersuchung gegen Zippig wegen der Veröffentlichung dienstlicher Marineakten erklärte Gehele, daß die Verfolgung dieser Angelegenheit Sache des Reichsarchivs sei, daß dem Reichsinnenminister unterstehe. Schließlich teilte der Reichswehrminister noch mit, daß die Vorbereitung eines Gesetzes zur Schaffung der Heeres- und Marinekammer eingeleitet sei.

Nus Jugoslawien ausgenissen wurde der Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ Theodor Berkes. Als Grund wird angegeben, Berkes habe an die deutsche Presse tendenziöse und prosozialistische Nachrichten gelangen lassen, die die guten Beziehungen zwischen Jugoslawien und Deutschland beeinflussen könnten.

Deutschland soll in den Völkerbund!

Aber Stresemann will nicht.

Genf, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Paul Boncour, der französische Völkerbundesdelegierte für die Koordinationskommission, erklärte am Mittwoch, daß die französische Regierung in Uebereinstimmung mit den Alliierten jede Diskussion über die Abänderung des Völkerbundespaktes ablehne. Außerdem erklärte er, daß Deutschland nach wie vor unter Gewährung eines ständigen Rates jedes jederzeit in den Völkerbund eintreten kann. Die Entscheidung liegt bei Stresemann, doch müsse man an dessen ehelichen Willen zweifeln, da er keinen ernsthaften Schritt bisher unternommen habe.

Die Erklärung des Genossen Boncour bestätigt wieder, daß dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keine Hindernisse im Wege stehen und daß ihm auch ein ständiger Sitz im Völkerbundrat gesichert ist. Damit fallen in praxi alle Einwendungen fort, die bisher gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erhoben wurden. Wie lange gedenkt Herr Stresemann noch sein Verschleppungsspiel in dieser Frage fortzusetzen? Wie lange glaubt er es mit den deutschen außenpolitischen Interessen vereinbaren zu können, einen Schritt hinauszuzögern, der die internationale Stellung Deutschlands in außerordentlichem Maße befestigen würde?

Der Bericht der Kontrollkommission.

Paris, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) General Balch, der Präsident der Alliierten Militärkommission in Berlin, hat am Mittwoch, den Bericht über die von der Kommission durchgeführte Rüstungsinspektion in Deutschland im Außenministerium niedergelegt. Der Bericht ist an Herriot, in seiner Eigenschaft als Präsident der Völkerversammlung, adressiert. Er hat einen Umfang von 44 Schreibmaschinenseiten und ist von 12 Anlagen begleitet, deren bedeutendsten und umfangreichsten die Berichte der Unterkommissionen für die Kontrolle der deutschen Armee sowie der Unterkommission für die Rüstungskontrolle sind. Abschriften des Berichts und der Anhänge sind gleichzeitig dem Präsidenten des alliierten Militärkomitees in Versailles, Marschall Foch, und den Völkerversammlern der alliierten Hauptmächte in Paris überreicht worden. Die Völkerversammlung wird darüber beraten, sobald das Gutachten des Internationalen Militärkomitees vorliegt, was kaum vor Anfang nächster Woche zu erwarten ist.

Wie der „Temps“ zu berichten weiß, befinden sich alle technischen Einzelheiten und die festgestellten Verfehlungen Deutschlands gegen die Abrüstungsbestimmungen ausführlich in den Anlagen aufgezählt. Der Hauptbericht selbst dagegen habe allgemeinen Charakter. Er beschränkt sich unter Berufung auf die Anlagen darauf, die deutschen Verfehle zu gruppieren und referierend zusammenzufassen und daraus die Schlüsse der alliierten Kontrollkommission über die generelle Einstellung Deutschlands zu den ihm auferlegten Abrüstungsverpflichtungen zu ziehen. Wie das Blatt weiterhin erfährt, hat das am Dienstag von amtlicher Stelle benutzte Projekt Herriots, sich bereits in den nächsten Tagen zu einer Aussprache mit der englischen Regierung nach London zu begeben, statt an Wahrscheinlichkeit gewonnen. Die beiden Hauptfragen, die eine Aussprache zwischen den alliierten Kabinetten notwendig machten, sei vor allem die, ob und unter welchen Bedingungen der Bericht der Kontrollkommission veröffentlicht werden soll, sowie die Abfassung der neuen an Deutschland zu richtenden Note, in der die Bedingungen genau fixiert werden sollen, von deren Erfüllung die Alliierten die Räumung der Räderzone abhängig machen werden.

Der Konflikt mit Rumänien.

Erklärungen Stresemanns im Auswärtigen Ausschuss.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat im Auswärtigen Ausschuss gestern die Erklärungen wiederholt, die er vor wenigen Tagen im Hauptausschuss über den Konflikt mit Rumänien gemacht hat. Diesen Erklärungen hat er hinzugefügt, daß die vorgestern in der Presse verbreiteten Mitteilungen über Ausweisungen von Deutschen aus Rumänien sich nicht bestätigt hätten, daß aber in Rumänien Repressionsmaßnahmen anscheinend erwoogen würden, denen gegenüber die Deutsche Reichsregierung sich vollkommen freie Hand vorbehalten werde. Der Reichsminister hat sich mit besonderer Entschiedenheit gegen die Möglichkeit gewandt, daß die rumänische Regierung etwa dazu übergehen könnte, deutsche Privateigentümer für einen Konflikt zwischen den beiden Regierungen haftbar zu machen und auf die schweren internationalen Folgen hingewiesen, die ein solches Vorgehen für das Ansehen und das Rumänien in internationalen wirtschaftlichen Kreisen entgegenzubringende Vertrauen haben würde. Der Ausschuss hat den Reichsstandpunkt und die Darlegung des Ministers einstimmig gebilligt.

Rumänische Repressionsdrohungen.

Bis gestern abend lagen, wie Wolffs Bureau meldet, an zuständiger Stelle keinerlei amtliche Nachrichten über die von rumänischer Seite in dem deutsch-rumänischen Konflikt angedrohten Repressiven vor. Von Rumänien ist bislang mit folgenden Repressionsmaßnahmen gegen Deutschland gedroht worden: Die Liquidierung noch nicht liquidierter deutscher Wertpapiereigentums in Rumänien, die Einführung der 25prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren, die Einführung von Maximalzöllen für deutsche Waren (die Maximalzölle sind dreimal so hoch wie die gewöhnlichen Zölle) und die Liquidierung des seit der Ratifikation des Versailleser Vertrags in Rumänien neu erworbenen deutschen Privateigentums.

Schließung der Börsen in Rumänien.

Bukarest, 18. Februar. (Til.) Auf Grund einer Verordnung des Finanzministers wurden alle Effektenbörsen in Rumänien geschlossen, da die Regierung befürchtet, es könnte infolge der wegen des Konflikts mit Deutschland verbreiteten Nachrichten über den Sturz des Lei im Ausland eine Katastrophe an den Wertpapiermärkten herbeigeführt werden. Das Erscheinen der verbotenen Zeitungen in Rumänien wurde unter der Bedingung gestattet, daß sie über den Konflikt zwischen Rumänien und Deutschland nichts berichten.

Eine deutsche Note an Rumänien.

Angeichts der von rumänischer Seite aufgestellten Behauptungen, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen aus dem Versailleser Vertrag gegenüber Rumänien entziehen wolle, wird jetzt der Inhalt der Note veröffentlicht, die von dem deutschen Gesandten in Bukarest am 28. Januar d. J. übergeben wurde. In dieser Note erklärt die deutsche Regierung, daß sie bereit sei, alle noch schwebenden Fragen bezüglich der rumänischen Ansprüche aus dem Versailleser Vertrag einer umfassenden und abschließenden Regelung zuzuführen. Sie sei ferner bereit, sich an den von der österreichischen Regierung angeregten Verhandlungen in Wien zu beteiligen, bei denen die Forderungen der rumänischen Regierung im Zusammenhang mit dem Bukarester Vertrag erörtert werden sollen. Im Verlauf dieser Erörterungen werde die deutsche Regierung bereit sein, im Benehmen mit der rumänischen Regierung die Höhe der rumänischen Forderungen festzustellen.

Lehrergesinnung!

Gesetze gegen die Republik. — Beschimpfung der Verfassung. — Verächtlichmachung der Volksvertreter.

Obwohl wie jeder Beamte muß auch der Lehrer den Eid auf die Verfassung leisten. Wie „ernst“ es manche Lehrer mit diesem Eid nehmen, wie sie fast keine Gelegenheit vorübergehen lassen, gegen die Republik, auf deren Boden sie stehen sollen, und von der sie ihre Gehalt empfangen, zu hehen, wie sie immer wieder den strafwürdigen Versuch machen, in die Herzen der ihnen anvertrauten Schulkinder eine republikfeindliche Gesinnung einzupflanzen, davon haben wir im Laufe der letzten Jahre wiederholt Beispiele gebracht. Wie weit die Hege mancher Jugenderzieher gegen die Republik geht, wie gewissen- und gesinnungslos sie sich gegenüber den Schülern und Schülerinnen benehmen, soll an einem besonderen Fall gezeigt werden.

Erziehung gegen die Republik.

Nach Art. 148 der Verfassung müssen den zur Entlassung kommenden Schülern bei Beendigung der Schulpflicht Abdrücke der Reichsverfassung mit auf den Lebensweg gegeben werden. Der Lehrer oder die Lehrerin sind verpflichtet, den Schülern die Reichsverfassung kurz zu erläutern und sie sollen sich davon überzeugen, ob und wie weit die Schüler die ihnen erteilte Information verstanden haben. In welcher geradezu ungeheurer Weise bisweilen dieser Informationsunterricht erteilt wird, beweisen die Worte, mit denen an der 2. Gemeindefschule in Reinickendorf-West den Schülern die Verfassung „erklärt“ worden ist. Man hat hier den Kindern folgendes gesagt: „Wir haben jetzt eine Verfassung. Darin steht, daß man mit 20 Jahren wählen darf. In ein paar Wochen oder Monaten wird es aber rauskommen, daß man erst von 25 Jahren ab wählen darf, denn ein Mensch von 20 Jahren hat noch nicht die richtige Ueberlegung. Die Abgeordneten werden vom Volk gewählt. Diesmal sind es 400. Ungefähr 150 davon sind Verbrecher, die schon im Zuchthaus oder im Gefängnis gesessen haben. Das ist deshalb möglich, weil jeder Abgeordnete eine Immunität hat. Das bedeutet, er kann nicht bestraft werden, wenn er jemanden ermordet hat. Der Sippe darf ihn nicht einmal verhaften, wenn er ihn nicht direkt beim Mord gesehen hat. Er kann ruhig noch den blutigen Anzug anhaben, wo man ganz genau erkennen kann, daß er einen Menschen ermordet hat. Nur dann darf der Beamte ihn verhaften, wenn er ihn dabei sieht. Wenn ein Abgeordneter reden will, so schreiben die anderen das mit. Verbietet der Leiter das Toben, denn verhaften sie ihn. Im Reichstag sind sogar Maurer und Kalfträger mit einer langen und einer breiten Schulter. Aber eine Kistenmappe haben sie unter dem Arm. Und einer sagt: „Daß man, mit die Affen“, die füllen sich die Taschen. Ein echter Deutscher wählt falsche Ausländer nicht, weil sie doch den Franzosen helfen. Wenn jemand gerichtlich bestraft ist, muß ihm das Wahlrecht entzogen werden, aber so einer wie der Buchdrucker, der den Reichspräsidenten Ebert beleidigt hat, der soll weiter wählen, weil er doch im Herzen ein guter treuer Deutscher ist. Es kann das doch jedem einmal passieren.“ So wagt man vom Ratgeber eines Schulzimmers zu Schülern und Schülerinnen zu sprechen, die demnächst die Schule verlassen.

Was die Schüler „gelernt“ haben.

Wir haben bereits erwähnt, daß Schüler und Schülerinnen durch keine Aufsätze, die sie nach den Belehrungen des Lehrers über die Verfassung anfertigen, zeigen müssen, wie viel sie davon verstanden haben. Es kam niemandem in den Sinn, daß das Echo bei den Schülern auf die Art der Belehrung, wie sie oben mitgeteilt worden ist, und nach dem Stil, von dem wir eine Probe gegeben haben, so kurios und traurig ausfällt, daß man es nicht für möglich halten sollte, daß diese Kinder die Verfassung bis zur ersten Klasse besucht haben. Die Kinder sieben etwa im Alter von 13 bis 14 Jahren. Uns liegen drei Aufsätze von Schülern vor, die wir im folgenden wortgetreu veröffentlichen:

„Meine erste Stunde war am Sonnabend. Als es kloppte, trat der Lehrer ein. Wir standen auf zum Beien. Als wir fertig waren, teilte uns der Lehrer die Verfassungsbücher aus. Als er damit fertig, erzählte er uns von den Abgeordneten. Die werden vom Volke selbst gewählt. Ein Mensch hat von 20 Jahren an das Wahl-

recht. An 150 sollen schon im Zuchthaus gesessen haben. Und wenn wir echte Deutsche sein wollen, so müssen wir solche Männer nicht wählen und denn sollen auch keine Ausländer gewählt werden. Wenn sich der Reichstag aufgelöst hat, so sind eine ganze Menge verschwunden, die was begangen haben. So wie Rabe, der sogar mit einem falschen Paß gereist ist. Man kann keinen verhaften, wenn man ihn nicht direkt bei der Tat abfaßt. Es sollen sogar Maurer im Reichstag sein, die ihre eine Schulter 1 Meter lang ist und die andere 30 Zentimeter. Und daß die sich immer die Taschen füllen.“

Am Sonnabend hatten wir unsere erste Verfassungsstunde. Als der Lehrer hineinkam, beteten wir. Dann gab er uns ein Buch von



Seeloovergiltung in der Schulstube.

der Verfassung des deutschen Reichs. Wir machten nun unseren Namen auf diesen schreiben. Nun erzählte uns der Lehrer von den Abgeordneten. Er sagte: „Von den Herren Abgeordneten wären 150 Zuchthäuser und die Abgeordneten wären von dem Volke gewählt. Er erzählte uns gleich, als er im Jahre 1919 auf der Glatzischen fuhr, hörte er, wie sich zwei Abgeordnete unterhielten. Der Lehrer sagte, wie der eine ausah, nämlich er hätte eine breite und eine lange Schulter. Er hatte nun immer fortwährend gehört, aber manches nicht hören sie und er konnte es nicht hören. Als sie sich nun verabschiedet haben, sagte der eine zum andern, ob er heute zum reden käme, er sprach „Daß hoch die Affen“, und sie stiegen aus. Da klingelte es und die Stunde war vorbei.“

Unser Lehrer, der die Verfassungsstunde gibt, hatte am Sonnabend den 10. Januar 1925 unsere erste Verfassungsstunde gegeben. Er erzählte uns, daß wir eine Verfassung haben und was in derselben steht. Darin ist enthalten: „Daß man wählen muß!“ Jeder Mensch, welcher das 20. Lebensjahr überschritten hat, darf wählen. Hat dann auch Rechte und auch Pflichten. Der Lehrer sagte auch noch: Daß es vielleicht nach einem paar Wochen oder Monaten rauskommt, das man erst von 25 Jahren ab wählen darf; denn ein Mensch von 20 Jahren kann noch nicht die Ueberlegung haben, wie einer von 25 und mehr Jahren. Dieses mal sind 400 Abgeordnete

gewählt worden. Darunter sind 150 Abgeordnete, welche schon einmal im Zuchthaus oder im Gefängnis gesessen haben. Die Abgeordneten sind auch unverletzlich. Die Sippe darf ihn nicht einmal in Haft nehmen, wenn er ihn nicht beim Mord gesehen hat. Er kann ruhig noch den blutigen Anzug anhaben, wo man ganz genau erkennen kann, daß er einen Menschen ermordet hat. Nur dann darf der Beamte ihn verhaften, wenn er ihn dabei sieht. Wenn wir einen Abgeordneten wählen, so sollen wir einen Deutschen und einen solchen, der dem Vaterlande hilft, wählen. Die Leute die einmal bestraft sind, dürfen nicht wählen. Aber diesem Buchdrucker, den Reichspräsidenten Ebert beleidigt hat, mußte eigentlich nicht das Wahlrecht entzogen werden. Weil er doch im Herzen ein guter, treuer Deutscher ist. Es kann doch jedem einmal passieren. Wenn nun ein Abgeordneter reden will, so sprechen und schreiben die anderen das mit. Verbietet der Leiter des Reichstags oder der Leiter des Landtags ihnen das Toben und Schreiben, so müssen sie ihn verhaften.“

Vergiftet für das Leben.

Die Schüler und die Schülerinnen verlassen nun die Schule. Ein altes Sprichwort sagt: Man lernt nicht für die Schule und für den Lehrer, sondern für das Leben. Wenn man aber erfährt, was verschiedene Schüler gelernt und was sie für das Leben von der Schule mitgenommen haben, so kann man nicht anders, als rumbekannt erklären, diese Schüler sind vergiftet für das Leben, vergiftet von der Schule und von gewissenlosen Lehrern. Der Lehrer und die Lehrerin besitzen den Schülern gegenüber eine große Autorität. Und das ist auch richtig so. Die Kinder schwören auf die Worte des Lehrers. Nun treten sie in das Leben hinaus. Sie kommen in Berührung und Beziehung zu den verschiedensten Verhältnissen und Personen. Sie erfahren hier, daß die Dinge ganz anders liegen. Langsam kommt es ihnen zur Erkenntnis, daß der Lehrer ihnen Falsches gelehrt, daß er sie belogen hat. Indessen, die Autorität des Lehrers und der Lehrerin wirkt so bekanntlich noch lange nach in jugendlichen Gemütern, lange nachdem sie die Schule verlassen haben. Kein Wunder, wenn es ihnen schwer fällt, manchen wohl unmöglich wird, die Worte des Lehrers als Lüge klar zu erkennen und jenen anderen zu glauben, die im Leben stehen, die auf dem Boden der Republik und der Wirklichkeit leben und ihnen die Dinge so schildern wie sie wirklich sind. Eine furchtbare Verberung wird auf diese Weise in den Herzen jugendlicher Menschen angerichtet. Sie sind für das Leben überhaupt unbrauchbar geworden. Sehr bald geraten sie — wenn sie wertvolle Charaktere und dankende Menschen sind — in seelische Konflikte und nicht immer werden sie, gut beraten durch Eltern oder durch treue Freunde, einen Ausweg aus diesen Konflikten finden.

Was wir hier veröffentlicht haben, diese Auslassungen von Lehrpersonen über die Verfassung, diese Aufsätze von Schülern und Schülerinnen, angefertigt nach der Belehrung auf dem Ratgeber, sind getreu nach den uns vorliegenden Dokumenten verfaßt. Die Aufsichtsbehörde für Lehrer und Lehrerinnen in Berlin ist bekanntlich das Provinzialschulkollegium. Und dieser Behörde unterbreiten wir das Material und wir sind gespannt, ob das Provinzialschulkollegium eingreifen und rücksichtslos alle diejenigen Lehrer und Lehrerinnen entfernen wird, die sich dermaßen schwer an den Kindern veründigen.

Werber für die Fremdenlegion in Berlin?

Die große Arbeitslosigkeit in Deutschland scheint jetzt von dunklen Elementen ausgenutzt zu werden. So wird ein Werber für die Fremdenlegion in einem Ranne vermutet, der angeblich junge Leute für den Norddeutschen Lloyd sucht. Einem Vater Karl Wogge aus Neukölln erzählt er, daß junge Leute, die in Berlin arbeitslos seien, anderswo sehr gut verdienen könnten. Er verabredete mit ihm eine Zusammenkunft vor dem Hotel „Kleiner Hof“ in der Mittelstraße. Statt nun aber in diesem Hotel mit ihm zu verhandeln, führte er ihn in ein Lokal in der Mauerstraße und legte ihm hier zur Unterschrift einen Revers vor, durch den er sich für einen zweiwöchigen Dienst angeblich beim Norddeutschen Lloyd verpflichtete. Er ließ Wogge aber nur den Kopfschmerz dieses Reverses sehen. Der junge Mann schloß deshalb Verbot, verschwand heimlich und ging zur Kriminalpolizei. Es ist festgestellt, daß die Werber für die Fremdenlegion, die nicht mehr offen aufzutreten wagen, jetzt häufig bekannte Betriebe verschauen, um ihre Opfer zunächst einmal

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

25) Von Wilhelm Hegeler.

Der Augenblick würde kommen, wo Rysek den Blick von ihr abwandte zur Schwester hin, wo die scherzenden Worte über sie wegschlatterten, wo sie die dritte sein würde, die ausgeschaltet war in dem heiter werdenden Spiel zu zweien. . . Dieser Augenblick wird kommen, und sie fühlt schon im voraus die spannende Erwartung, das Glück und den leisen eiferfüchtigen Schmerz dieser Minute. Und ein anderer Augenblick wird ihm folgen, ein Augenblick des verärrerischen Schweigens. Ein Blick ist gewechselt, ein Wort gefallen, und plötzlich wird es still. . . so still, daß man meint, der eigene Herzschlag müsse vom anderen gehört werden. Aber kein Herz wird so heftig pochen wie das ihre, und sie weiß nicht, bedeutet es Freude oder Schmerz, dies stürmische Hämmern, das sie im voraus empfindet.

Aber was kann sie Besseres wünschen, als daß der Freund und die Schwester sich finden! Und ihre Phantasie setzt das Spiel fort, indem sie sich ausmalte, wie die beiden sie zu irgendeiner Stunde allein lassen und sich fortsetzen, ein bißchen verlegen und schuldbehaftet. Rysek wird die Sache sehr fein, wie er glaubt, einfäden, wird einen klug ausgedachten, und ach, so lächerlich durchsichtigen Vorwand finden, und sein verliebtes Gesicht wird seine erkünstelte Harmlosigkeit Lügen strafen, während er zugleich überzeugt ist, ein Meister der Verstellungskunst zu sein. Margret aber — nichts, nicht das geringste wird ihr anzumerken sein, und sie wird doch wissen, daß die Schwester alles durchschaut hat. . . Sie gehen. „In fünf Minuten sind wir wieder da,“ sagen sie. Aber sie sind in einer Stimmung, wo das Herz die Stelle der Uhr vertritt. Fünf Minuten, das bedeutet für die beiden den Beginn einer neuen Zeitrechnung. Sie schlendern langsam, schweigend zu irgendeinem einsamen Fleck, lagern sich, und nach einer kurzen dänglichen Stille wird Rysek zu sprechen beginnen, und alle zärtlichen, heißen, überschwenglichen Worte, die sein Herz für Elisabeth aufgesammelt hat, werden nun den Weg zu Margrets Herzen finden. Glückliche Schwester! Glückliche Schwester!

„Mama, seh' doch die Brille auf. Die Sonne blendet dich gewiß. Dir tränen ja die Augen,“ unterbrach die kleine Tochter ihre Träumereien.

„Von nun an sorgten die Kinder dafür, daß die Unter-

haltung im Gang blieb. Unausführlich erregten nie gesehene oder nur aus Bilderbüchern bekannte Dinge die Aufmerksamkeit.

Gegen Mittag machten sie an einer Waldlichtung halt, und Rysek erklärte, jetzt würde gebrüht, auf Wildwestart. Von dem Koch eines amerikanischen Bekannten hatte er sich einige nette Heimatgerichte zubereiten lassen. Der Chauffeur trug einen kleinen Kochherd herbei, sowie ein Vordach, das Rindfleischrollen, Pfannen, Teller, Eßbesteck, Servietten, alles Zubehör einer Mahlzeit enthielt. Die Kinder sammelten Holz und Tannenzapfen. Bald prasselte unter dem Ofen ein lustiges Feuer. Rysek aber, in Hemdärmeln, rührte und arrangierte mit den geschickten Händen eines Kochs in den Schüsseln geheimnisvoll köstliche Dinge, während er zugleich ein Stück Fleisch auf der Pfanne brät.

Auf Elisabeths Frage, von wem er diese Künste gelernt hätte, erzählte er von seinem alten chinesischen Koch, der in dem kleinen Bungalow, den er anfangs unweit San Franzisko bewohnte, sein Leben geleitet hatte, als sein williger Diener und sein eigenwilliger Tyrann.

„Wie in meinem Leben bin ich besser versorgt worden als von dem würdigen Wing und seinem Cousin. Der Cousin war irgendein Chinesenjunge, der als Entgelt für den Kochunterricht, den er bekam, die größeren Hausarbeiten verrichten mußte. Die Lehrgänge wechselten oft, aber sie waren alle die Cousins des alten Wing. Das Kochen betrieb er mit solcher Kunstfertigkeit, daß ich ihm oft, wenn ich nichts Besseres zu tun hatte, zusehen habe. Sechs Jahre war er mein einziger Hausgenosse und zeigte jeden Tag dieselbe heiter würdige Miene. Nur einmal machte er ein betrübtes Gesicht. Da hatte er aus China die Nachricht erhalten, daß sein einziges Söhnchen gestorben sei. Ich gab ihm Urlaub, und nach einiger Zeit kehrte er würdig heiter zurück. Er hatte sich die Gewißheit verschafft, daß seine Frau ihm einen neuen Sprößling beschicken würde. Er wäre noch heute mein Diener, wenn er nicht die schlechte Gewohnheit besessen hätte, die lebenden Hummern in kaltem Wasser aufzusetzen. Ich konnte ihm nicht begreiflich machen, daß das eine grausame, unerträgliche Behandlung sei. Als ich ihn eines Tages dabei überraschte, zaulte ich ihn etwas unanständig an seinem Joppe. Das hielt er wieder für eine grausame, unerträgliche Behandlung, und deswegen haben wir uns getrennt. — Aber nun zu Tisch, meine Herrschaften! Hoffentlich mache ich meinem alten Lehrmeister keine Unehre.“

Er schenkte den Silberbecher voll und reichte ihn Elisabeth, die ihn lächelnd leerte. Als er ihn wieder gefüllt hatte, suchte sein Mund die Stelle, die ihre Lippen berührt hatten.

Das prasselnde Feuer verglühte leise. Der Chauffeur hatte sich mit dem Geschirr entfernt, um es in einer nahen Quelle zu reinigen. Die Kinder suchten im Walde Beeren. Die beiden waren allein. Elisabeth mit dem Rücken gegen den glatten Stamm einer Fichte gelehnt und zu ihren Füßen hingestreckt Rysek. Nichts störte die köstliche Waldstille, die doch kein totes Schweigen war, sondern leises Getöse und spielende Bewegung: lautes Rascheln hoher Fichtenzweige, summende Bienen, schwebende Wolken und in ihrer Nähe ein Schmetterling, der seine Flügel ausbreitete wie ein Künstler sein Meisterwerk, um sommerlich weiterzufattern.

Wie sind, wie gut! Ganz überließ Elisabeth sich dem Glück dieser Stunde. Zu Hause hatte sie in dem auf sie gerichteten Blick des Freundes immer das dunkel brennende Begehren gefühlt, hatte sich in Furcht und Scham verschlossen, hier aber sah sie in den verträumten Augen, die über sie hinglitten zu den Blumen, den Bäumen, den Wolken und stets wieder zu ihr zurückkehrten, nur wunschlose Zärtlichkeit, das gleiche Glück, das auch sie empfand, und sie ließ es offenen Herzens in sich einströmen, mit dem Gefühl so voll Unschuld und Sicherheit, daß es nur diese eine kurze Stunde wahrte, daß morgen alles vorüber sei, und mit der ganz leisen Sehnsucht doch, daß es immer dauern möge.

Sie sprachen kein Wort, nur manchmal, wenn ihre Augen sich begegneten, lächelten sie einander zu. Da klang ganz samtwild und dunkel der Ruf eines Kukucks in die Stille. Elisabeth wandte rasch den Kopf zur Seite, in lächelndem Hinhorchen, lautlos mit den Lippen die Rufe mitzählend, indes ihre Finger, wie schlanke Lakstöße, einer nach dem anderen emporschnellen.

„Nun habe ich doch vergessen, wie viele es waren,“ sagte sie, als der Vogel dann zwog.

In Ryseks Augen lag ein tiefes Erstaunen. „Beinah möchte ich glauben, ich hätte geträumt. Nicht Sie sahen eben hier, sondern die andere Elisabeth, die Elisabeth von damals. So ganz und gar waren Sie das junge Mädchen, daß ich vor mir selbst erschrak, als wäre auch ich nicht mehr, der ich bin. Wir müssen schon einmal hier gesessen haben, damals, an ganz der gleichen Stelle. Erinnern Sie sich?“

(Fortsetzung folgt.)

in die Finger zu bekommen. Schweißhände, die sie dazu brauchen, verschaffen sie sich durch Diebstahl oder Fälschung. Der verdächtige Werber, vor dem gewarnt werden muß, ist etwa 40 Jahre alt und 1,75—1,80 Meter groß, hat braunes Haar, einen braunen Schnurr- und Spitzbart und blaugraue Augen und trägt einen weichen Hut, einen dunklen Faltenmantel, braune Handschuhe mit Streifen und feine schwarze Schuhe. Er tritt sehr elegant auf.

Schach den Spielern!

Einer scharfen Kontrolle sind jedoch die gebildeten Klubs unterzogen worden, zu denen ausschließlich Herren Zutritt haben und die nur erlaubte Spiel veranstalten und seit einiger Zeit einen beträchtlichen Rückgang im Besuche verzeichnen. Den Damenklubs ging es ebenso. Um so mehr blühte der Betrieb in den gemischten Klubs, die von gewerkschaftlichen Spielern geleitet wurden. Diese bedienten sich als Schleppe von „Damen“ der halbwelt und auch verunglücklicher junger Geschäftsmädchen. Die Mädchen suchten und fanden Kavaliere und machten sie bei Schluß der Gastsitäten, Kaffees usw., die sie mit ihnen besuchten, auf Betriebe aufmerksam, in denen auch nach der Polizeistunde noch etwas los sei. Man ging gemeinsam hin, und so fand sich überall in den Klubs eine sehr bunte Gesellschaft zusammen. Auch die Herren und Frauen, die früher ihre Klubs besucht hatten, fanden an den gemischten mehr Gefallen und gaben ihnen den Vorzug. Das Spielereigenat ermittelte noch und nach 50 derartige Klubs im Westen und im Süden von Berlin und machte ihnen mit einem großen Aufgebot in der vorvergangenen Nacht auf einmal einen unerwarteten Besuch. Es war festgestellt worden, daß die Schleppe nicht nur von den Spielern für ihre Dienste bezahlt wurden, sondern auch erheblich von ihren Kavaliere beschenkt wurden, wenn diese Glück hatten. In vielen Betrieben waren die Mädchen mit einem gewissen Prozentsatz am Gewinn der Spielhalter beteiligt. Manche Besucher wurden in diesen gemischten Klubs gründlich gerupft. Beim Spielen allein ist es in dieser bunten Gesellschaft wohl auch nicht immer geblieben. An allen Stellen wurden nicht nur die Spielleiter und Spieler, sondern namentlich auch die Schleppe zur Einleitung eines Strafverfahrens festgesetzt. Gegen das ganze Treiben wird jetzt scharf vorgegangen.

Die „Dauhil“.

Ein Massenprozeß vor dem Schöffengericht Tempelhof.

Als Vorläufer zu den großen jetzt schwebenden Strafverfahren, die die Öffentlichkeit in Aufregung versetzen, kann der umfangreiche Strafprozeß betrachtet werden, der gestern früh unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Sachs vor dem großen Schöffengericht Tempelhof begann. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die ursprünglich auf Betrug zum Schaden des Reiches lautete, allmählich aber im Laufe der seit 1921 schwebenden Voruntersuchung zu einer Angelegenheit wegen Untreue und Bestechung zusammenschumpft ist. Bei der Beurteilung der im Prozeß vorliegenden Geldbeträge ist es notwendig, daran zu erinnern, daß man für die Zeit vom Mitte November 1919 bis Ende August 1920, 1 Goldmark = 10—15 Papiermark rechnen kann.

Angelagt sind im ganzen 20 Personen, von denen aber eine Mitangeklagte vor wenigen Wochen verstorben ist. Die Grundlage der Anklage bilden Autoverleibungen beim Reichsverwertungsamt. Die Vorgänge spielten sich in der Zeit vom Jahre 1919 bis zum Februar 1921 in Tempelhof bei der „Dauhil“ ab, die die Aufgabe hatte, das aus Heeresbeständen bestehende Reichsgut von Automobilen und Motorrädern zu verwerten. Die Automobile, die dort zusammenkamen, wurden teils öffentlich versteigert, teils freihändig verkauft. Die letzte Versteigerung — das ist wichtig für diesen Fall — fand am 19. Januar 1920 statt. Von da ab hörte der öffentliche Verkauf auf. Die von Staatsanwaltschaftsrat Müller vertretene Anklage nimmt an, daß eine Reihe von Automobilhändlern sich mit Kriegsbeschädigten in Verbindung gesetzt haben und es wird ihnen zur Last gelegt, daß sie Kriegsbeschädigte als Strohmänner vorgehoben haben. Diese Strohmänner wurden mit Provisionen abgefunden, die Automobile wurden von den Händlern in Besitz genommen. Weiter nimmt die Anklage an, daß sich die Händler mit Angestellten der „Dauhil“ in Verbindung gesetzt haben, damit sie die Verleibungen durchsetzen können. Die Anklage unterscheidet drei Gruppen von Angeklagten: Einmal das kaufmännische Personal, dann den Betriebsrat und drittens den Schöpfer. Die Angeklagten bestritten, sich überhaupt strafbar gemacht zu haben. Der ganze Vormittag wurde mit der Vernehmung der Hauptangeklagten über den Geschäftsbetrieb bei der „Dauhil“ ausgefüllt.

Zunächst wird der Angeklagte Heinze vernommen, der auf Befragen des Vorsitzenden zugibt, für Vermittlungsaktionen von Automobilverkäufen durch Schwertriebsbeschädigte die Summe von 25 000 Mark erhalten zu haben. Der dann vernommene Angeklagte Fille gab zu, daß sich unter den Angestellten ein Konfortium, zum Verkauf von Automobilen, gebildet habe.

Jeder Angestellte hatte das Recht, ein Auto zu erwerben. Dabei sei es auch noch auf den kriegsbeschädigten Charakter des Käufers angekommen. Als der Verkauf an kriegsbeschädigte überhand nahm, habe er den Leiter der „Dauhil“, Israel, auf die Rücksicht aufmerksam gemacht. Dieser aber habe erwidert: „Geschoben wird überall; in Tempelhof wird es noch am mildesten gemacht“. Israel, Steib und Ministerialdirektor Raup, der betamtsmäßig in die Barmar-Wäre verwickelt ist, hätten genau wissen müssen, daß in der „B.-Z.“ kriegsbeschädigte mit Führerschein gesucht wurden, sie haben aber daran keinen Anstoß genommen. Der Betriebsrat hat einen großen Terror ausgeübt. Die Angestellten mußten Kommunisten sein und eine Zeitungsgutachten vorlegen, daß sie keine bürgerliche Zeitung lesen. Im übrigen habe man viel gemunkelt über die Schiebungen der oberen Instanzen und es habe geheißen: „Die oben schieben und die unten gucken durch die Dienströhre“. — Die Angeklagte Frau Barz war Sekretärin bei der Abteilungsleitung und hat zuerst Führung genommen mit George, der früher Schöpfer war und sich später als Automobilhändler selbständig machte. Bei Gelegenheit sei ihr nahegelegt worden, kriegsbeschädigte zuzuführen. Sie habe auch teils selbst in größerem Umfange teils mit Hilfe von Bekannten diese Vermittlungsgeschäfte durchgeführt und Provisionen erhalten. In dem Konfortium waren Heinze, Fille, Blaucord, die Betriebsräte Redow und Sauer beteiligt. Der Verdienst wurde geteilt. Der Angeklagte George behauptet, daß ihn eines Tages die verstorbene Stenotypistin Klehn besucht und ihn gefragt habe, ob er Interesse für Wagen habe. Ihr Schwager sei kriegsbeschädigt und könne einen Wagen abgeben. Auf Empfehlung der Sekretärin habe er später 4—5 Wagen von kriegsbeschädigten gekauft. Dem Angeklagten Trotschke sind, wie Redow zugegeben hat, eine Anzahl Wagen zugeführt worden. Er will aber nicht gewagt haben, daß es sich um kriegsbeschädigte handelte. Zwei Wagen hat er durch Vermittlung von Fräulein Klehn erworben. Auf Grund seines Exportvertrages konnte er 50 Wagen abrufen. Eines Tages habe er einen Mercedes-

Wagen sehen und geäußert, daß er auch einmal einen Personenwagen und nicht bloß einen Lastkraftwagen haben möchte. Fräulein Klehn habe ihm diesen Wagen und auch einen Opel-Wagen zugeführt. Es sei nicht richtig, daß er an Heinze 20 000 Mark gezahlt habe, wie die Anklage behauptet. Hier habe es sich um den Kaufpreis für den Mercedes-Wagen gehandelt. Allerdings habe er Heinze einige tausend Mark nebenher für die Verwendung des Geschäftes gegeben. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Die Diebstähle auf dem Städtischen Schlachthof. Ungenügende Bewachung der Kühlräume.

Wie bereits gemeldet, sind auf dem Städtischen Schlachthof 10 Personen festgenommen worden, die seit längerer Zeit Fleischdiebstähle ausgeführt haben und die an Hebler und Gastwirte das Fleisch abliefern. Von zuständiger Seite erfährt nun die B.S.-Korrespondenz, daß der Verwaltung des Städtischen Schlachthofes die Diebereien seit langer Zeit bekannt sind, ohne daß man ein wirksames Mittel gefunden hätte, die Raubzüge zu verhindern. Der Diebstahl erfolgt fast immer aus den Kühlräumen, wo an den Verkaufstagen morgens 8000 bis 10 000 Schweine hängen. In den Morgenstunden pflegen etwa 1100 Ladenbesitzer in den Verkaufsständen ihre Ware feilsuchen und es entwickelt sich in dieser Zeit ein so starker Verkehr zwischen dem Kühlhaus und den Verkaufshallen, daß eine Kontrolle fast unmöglich erscheint. Eine Bande entlassener Gesellen hatte sich zusammengesetzt und stahl aus den Gefrierkühlern durchschnittlich 1 bis 2 Schweine, in einer Woche sogar 10 Schweine. Die Diebe konnten mit ihrer Beute fast stets ungehindert entkommen, da die Aufsichtsbeamten bei dem ständig wechselnden Personal der Fleischer niemals mit Sicherheit sagen konnten, ob die Leute, die das Fleisch hinaustrugen, dazu berechtigt waren oder nicht. Es ist anzunehmen, daß in den nächsten Tagen noch weitere Verhaftungen erfolgen werden.

Eine dreiste Anempfehlung und eine richtige Antwort.

In einem mit „Schlechter Geschäftsgang — höhere Löhne“ überschriebenen Artikel hat sich die Berliner Gastwirtszeitung folgende Anempfehlung geleistet:

Die Gewerkschaften müssen mit ihrer Machtpolitik wieder einmal die Männer der glorreichen Republik denken und dem Volke vorführen, daß man durch zielbewusste Organisation und rücksichtslose Interessensvertretung aus einem von Monat zu Monat zurückgehenden Gewerbe höhere Löhne herausholen kann. Die Gewerkschaften werden, wenn es zu spät ist, erkennen, daß eine derartige Verzweiflungspolitik den völligen Zusammenbruch nur beschleunigen kann. Die Redaktion der Zeitung hat aber die Rechnung ohne den republikanischen Wirt gemacht, denn von einem solchen muß sie nun folgenden offenen Brief einstecken, der an erfreulicher und erfrischender Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Sie gehen von einem solchen Standpunkte aus, denn es ist mir nicht verständlich, was die Republik mit Lohnforderungen der Gastwirtsgehilfen zu tun hat. Darüber hinaus stoßen Sie die Mitglieder, welche auf dem Boden der Republik stehen, derartig vor den Kopf, daß man sich ernstlich mit der Frage beschäftigen muß, ob man einer Organisation, falls es der offizielle Standpunkt derselben ist, welcher in Ihren Zeilen zum Ausdruck kommt, noch weiter angehören kann. Ganz abgesehen davon, stehe ich auf dem Standpunkt, daß unser Gewerbe im Moment nicht in der Lage ist, höhere Löhne im allgemeinen zu tragen, aber durch Beschimpfen der Republik werden die Gehilfen sich sicher nicht davon überzeugen lassen, daß unser Gewerbe am Boden liegt. Wenn Sie schreiben „glorreiche Republik“, so ist es eine Verhöhnung unserer jetzigen Staatsform. „Rücksichtslose Interessensvertretung! Dazu möchte ich sagen, daß Sie vergessen, daß ein großer Teil unserer verheirateten Gehilfen nur schwerlich ihr Dasein mit ihrem Einkommen fristen kann. Es ist daher selbstverständlich, daß die Gewerkschaften und mit ihnen die arbeitende Bevölkerung es war, welche den Ruhrtampf für unser deutsches Vaterland geführt und die größten Opfer gebracht haben. Ich glaube sicher, daß der überwiegende Teil der Mitglieder mit diesen Angriffen auf Republik und Gewerkschaften sich nicht einverstanden erklären wird. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. R. Sch.“

Festnahme zweier „Verdigungseindbrecher“.

Von der Reußländer Kriminalpolizei wurden zwei „Verdigungseindbrecher“ unschädlich gemacht. Eine ganze Reihe von Familien wurden in der letzten Zeit in den südöstlichen Vororten, besonders in Reußkölln, schwer bestohlen, während sie sich zur Befestigung eines Angehörigen auf dem Friedhofe befanden. Eindbrecher merkten sich aus den Todesanzeigen die Zeiten der Verdigung, brachen dann rasch in die ohne Aufsicht gelassene Wohnung ein und stahlen, was sie an Wertgegenständen, Kleidungsstücken usw. fanden. Nach langen Beobachtungen gelang es der Reußländer Kriminalpolizei vor einigen Tagen, einen dieser Spezialisten, einen gewissen Ringel, zu fassen. Sein Helfershelfer entkam. Gestern wurde auch er, ein gewisser Erich Zinke, der wegen mehrerer Straftaten bereits gefasst wird, in seiner Wohnung in der Richardstraße ermittelt und festgenommen.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 19. Februar.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—5 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle).
6.40—7.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse).
6.45 Uhr abends: Technik. Dr. H. Rock: „Wo und wie man Eisen findet“. 7 Uhr abends: Handel, Geheimer und Oberregierungsrat Neuberg: „Gewerblicher Rechtsschutz und Verwertung gewerblicher Schutzrechte“. 4. Vortrag: „Das Gebrauchsmuster“. 7.20 Uhr abends: Vortrag Dr. Hermann Paehncke (M. d. R.): „Die Arbeit an der Seele unseres Volkes“. 8 Uhr abends: Vortrag Dr. Richard H. Stein: „Anekdoten aus Musikerkreisen“. 8.30 Uhr abends: XVI. Sonderveranstaltung der Funkstunde A.-G. 1. a) Aus dem „Orchideengarten“, W. Diemann, Gesang des malaisischen Fischers, Javanisches Tanzlied. b) Vogelpredigt (erste Franziskus-Legende) Fr. List (Celeste Chop-Groenevelt, Klavier). 2. a) Morir vogli io, Emanuele S' Astorga. b) Sento che un sen mi batte il cor, Giuseppe Giordani. c) Piancote auro fungevo, Giacomo Carissimi. d) Ombra mai fu, Ario aus der Oper „Serse“, G. F. Handel (Lavinia Magnani aus Rom, Alt). 3. a) Una Furtiva aus der Oper „Elixir d'amore“, Donizetti. b) Serenade aus der Oper „Der Barbier von Sevilla“, Rossini. c) Barcarola aus der Oper „Maskenball“, Verdi (Peter Raitsochhoff, Tenor). 4. a) Märchen aus der Klaviersuite G.-Moll, J. Ra. b) Marsch aus der Klaviersuite, D.-Moll, J. Ra (Celeste Chop-Groenevelt). 5. a) Conclata Ell' era in Ceppi, aus der Oper „Der Troubadour“, Verdi. b) L'assolino (Die Eule) Riccardo Zandonai. c) Nobbie, Ottorino Respighi. d) Re dell' abisso affrottati, aus der Oper „Maskenball“, Verdi (Lavinia Magnani). 6. a) Wie sich die Bilder gleichen, aus der Oper „Tosca“, Puccini. b) Und es blitzten die Sterne, aus der Oper „Tosca“, Puccini. c) Freundlich blick' ich, aus der Oper „Rigoletto“, Verdi (Peter Raitsochhoff). Am Freitag: Dr. R. E. Lapini. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Die Geschäfte einer Kindesausführung. Verschärfung der Strafe auf Antrag des Staatsanwalts.

Wegen Kindesausführung und Betruges in 18 Fällen war die unperchelichte Käthe R. vom Schöffengericht zu zwei Jahren verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt, da ihm das Strafmaß zu niedrig erschien und er beantragte vor der Strafkammer des Landgerichts III gegen die Angeklagte 3½ Jahre Zuchthaus.

Käthe R. hatte eine gute Schule genossen und war Privatsekretärin bei verschiedenen Rechtsanwälten. Später ist sie dann jedoch getrauscht und hat mehrfach die Bekanntschaft mit dem Geliebten gemacht. Wieder in Freiheit, begibt sie neue Schwindelereien in Gemeinschaft mit einem russischen Offizier v. Braecht, der sie, nach ihrer Behauptung, ausgenutzt haben soll. Als angebliche Frau eines deutschen Hauptmanns v. Braecht verübte sie Kredit- und Waren-schwindel. Ihre Beziehungen zu dem Russen blieben nicht ohne Folgen, und als die Riederkunst bevorstand, begab sie sich in die Entbindungsanstalt Westend, wo sie sich unter dem Namen Bogt einschreiben ließ. Fünf Tage nach der Geburt ihres Kindes verließ sie an einem rauhen Wärtztag heimlich das Krankenhaus. Den Säugling hatte sie in ein Papier gepackt und legte ihn schließlich in einem Hause auf den Flur hinter der Tür nieder. Durch das Wimmern des hilflosen Kindes wurde eine Hausbewohnerin auf das lebende Paket aufmerksam. Diefem Umstande war es zu danken, daß das Kind, das noch heute lebt, gerettet werden konnte. Es gelang aber auch, die Mutter zu entdecken. Man fand bei der näheren Untersuchung auf dem Kandel des Kindes ein Heftchen mit dem Namen Bogt, der der Krankenhausverwaltung beim Baben zum Schutz gegen Verwechslung dient. Obwohl die Angeklagte vor der Polizei zugegeben hatte, daß sie die Mutter des ausgesetzten Kindes sei, bestritt sie das vor Gericht mit aller Entschiedenheit. Sie wollte nur die Betrügereien zugeben. Durch einen Vergleich der Unterschrift der angeblichen Bogt bei der Aufnahme im Krankenhaus gelang es dem Gericht jedoch, einwandfrei die Angeklagte zu überführen. Von einer Zuchthausstrafe nahm das Gericht nach-mals Abstand, verurteilte jedoch Käthe R. wegen Urkundenfälschung, Betrug und Kindesaussetzung zu drei Jahren sechs Monate in Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, erhöhte also nach dem Antrag des Staatsanwalts die Strafe um nicht weniger als 18 Monate. Ob man das Mädchen dadurch bessert?

Auch eine Trauerfahne!

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ der Firma Stinnes macht sich in der gestrigen Abendnummer den plumpen Spas, uns bewußter Irreführung zu zeihen, weil wir mitgeteilt hatten, daß auf dem Gebäude der „D.A.Z.“ am Tage der Bestattung der Dorinunde Grubenopfer keine Trauerfahnen gehißt waren. Wir stellen folgendes fest: Auf dem Hause in der Wilhelmstraße, über dessen Einfaßt groß und deutlich zu lesen steht: „Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger“, wehte allerdings ein langes schwarzweißrotes Fähnchen auf Halb-mast, das man zur Not als Fahne bezeichnen kann. Es wäre auch noch schöner, wenn auf einem Hause, in dem die beiden antiken Verleumdungsblätter für Staat und Reich hergestellt werden, nicht auch eine Trauerfahne gehißt würde. Hingegen auf dem daneben gelegenen Hauptgebäude der Zeitung, in dem sich die Redaktionen befinden, und auf dessen Dach zwei Fahnenstangen stehen, war keine Trauerfahne zu sehen. Wenn wir also sagten, das Gebäude des Stinnes-Blattes, „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hatte keine Trauerfahne, so muß es damit sein Bewenden haben, denn dem Kundigen fiel der „feine“ Unterschied sehr wohl auf. Das alte Blatt verschweigt auch unsere weitere Feststellung, daß auch das Esplanade-Hotel, das gleichfalls der Firma Stinnes gehört, keine Trauerfahne hatte.

Die Pistole.

Das schicksalreiche Theaterchen am Kurfürstendamm, „Die Rampe“, hat einen neuen Namen bekommen; „Pistole“ nennt es sich beiseitenerweise. Die Pistole will eine Kabarett der Gesinnung, ein republikanisches Kabarett sein, weshalb es Stammgäste der „Wilhelma“ warnt. Ob sich diese von Emmy von Emmerring's ergreifenden Chansons nicht doch zur Vernunft bekehren lassen würden? Erich Weinert's politische Satiren würden freilich bittere Pillen für sie sein. Prachtvoll ist sein „Roter Feuerwehmann“, ein Manifest aus heißem Herzen. Auch sonst wird erste Kunst geboten. Anita Berber und Henri tanzen voll Hingabe und Begeisterung in jugendlicher Schöne. Die leichte Miße regiert natürlich, und aus dem allabendlichen Kaleidostop von Spirit und Straf-tauchen in amüsantem Bunt der groteske Karl Gerdo mit glänzenden Schaufelkarakaturen, der dröckige Rigger des Bauchredners Karl Heinz Emers und der schöne, noch schöner singende Karl Christoph auf. Der gemütliche Peter Suchte und die derbe Reji Langer machen „in“ Conference, und es fällt machthochschwer, festzustellen, wer von den beiden mehr geist-reichheit oder besser wagt. Erich Einegg hat für famose Reso-dien treulich geforgt, so daß man aus der glänzenden Stimmung gar nicht herauskommen kann. Wöge dieser „Pistole“ das rote Pulver nie ausgehen!

Die freie Schuldgemeinde Charlottenburg veranstaltet am 19. Februar eine große öffentliche Kundgebung in der Aula der Königin-Luise-Schule (Dankelmann-Straße 26), abends 7½ Uhr. Unser Genosse Dr. Kamerou, der seit Jahren in dem Charlotten-burger Bezirk den Kampf gegen die Verelendung und Zerrüttung des Schulwesens führt, gegen die Ausschöpfung der Grundschule durch die Privatschulen, gegen die Konfessionalisierung, gegen die Abschichtung und die Kirchturnspostfist, deren einziger Inhalt ist: Steigerung der Besuchszahl bei jeder einzelnen Schule ohne Rücksicht auf die andere — unser Genosse Kamerou wird eingehend über Charlottenburger Schul- und Erziehungsfragen sprechen. Eine besonders wichtige Rolle wird das Schicksal der so-genannten A-Klassen spielen, um deren Rettung eine große Erregung in der Charlottenburger Bevölkerung herrscht. Konfessionelle Kreise haben sich dieses Themas bemächtigt, um sich als Hüter eines christlichen Ständestaates empfehlend in Erinnerung zu bringen, auch rühren sich gewisse Interessenten in Gehalts- und Titelfragen auf Seiten der Lehrerschaft in merkwürdiger Weise hinter den Kulissen. Hier gibt es, scharf abzurechnen und neue Wege zu zeigen. Das Ganze ist gleichzeitig ein Aufruf für die kommenden Kommunal-wahlen.

Magdeburg - Fahrer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold! Abfahrt des Sonderzuges am Sonnabend, den 21. Februar: ab Berlin Potsdamer Bahnhof nachmittags 3⁴⁵, ab Potsdam 6¹⁵ Uhr. Abfahrt des Sonderzuges am Sonntag, den 22. Februar: ab Berlin Potsdamer Bahnhof früh 8⁴⁵, ab Potsdam 7¹⁵ Uhr. Die Rückfahrt erfolgt ab Magdeburg: am Sonntag, den 22. Februar abends 9¹⁵ Uhr, der zweite Zug 10 Minuten später.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda



spart Seife und Seifenpulver!
Mitverwendung von Henko bei der
Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Die Alkoholfrage vor dem Reichstag.

Das Schankstättengesetz abgelehnt.

Präsident Cöbe eröffnete die gestrige Reichstags-Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und teilte mit, daß für den Abg. Hölle der Abg. Huke (S.) für den Wahlkreis 12 (Thüringen) neu in den Reichstag eingetreten ist.

In dritter Beratung angenommen wird der Gesetzentwurf über die Todeserklärung Kriegsverweigerer. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird der 1. März d. J. bestimmt.

Es folgt die Beratung des Antrags Müller-Franken (Soz.) auf Vorlegung des Entwurfs eines Schankstättengesetzes.

Abg. Solfman (Soz.)

berichtet über die Verhandlungen im Bevölkerungsausschuß. Der Antrag war dort sehr umstritten, auch innerhalb der Parteien waren die Meinungen geteilt. Im wesentlichen stehen sich zwei Ansichten gegenüber, die übereinstimmen mit der Stellungnahme zur Alkoholfrage überhaupt. Auf der einen Seite würde befürchtet, daß die Freiheit des Gastwirtsberufes beschränkt werden könnte, die Alkoholfrage könne nur durch Erziehung bekämpft werden. Die andere Seite wies auf den steigenden Alkoholkonsum hin, dem gegenüber eine gesteigerte Aktivität notwendig sei. Es sei kein Schlag gegen das Gastwirtsberufes beabsichtigt, nur die minderwertigen Elemente sollen entfernt werden. Ein Redner habe darauf hingewiesen, daß der Gastwirt oft mehr Einfluß habe als der Geistliche oder der Lehrer. Erziehung und Gesetz, so wurde weiter ausgeführt, müßten zusammenarbeiten, um den Alkoholismus einzudämmen. Von mehreren Ausschußmitgliedern sei die mangelnde Initiative der Regierung getadelt worden.

Abg. Strauß (D. Vg.) erklärte sich gegen die Vorlage. Inzwischen ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, der für den Fall der Ablehnung des Ausschussantrags schleunigst einen Gesetzentwurf zum Schutze der Jugend gegen die Gefahr des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens unter Ablehnung der Trodenlegung Deutschlands fordert.

Abg. Dr. Strathmann (Dnat.) erklärt, der Antrag diene nur dem Zweck, endlich Ordnung in das Gastwirtsberufes zu bringen.

Abg. Biles (D.Vg.) lehnt den sozialdemokratischen Antrag ab. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Stöcker (Komm.) und Abg. Nolte (D.Vg.) weist

Abg. Dr. Moses (Soz.)

darauf hin, daß die ganze Frage vom volksgesundheitlichen Standpunkt zu betrachten sei. Es handelt sich nicht allein um die Bekämpfung eines Laster, sondern um die Befreiung von Zuständen, die dem gesundheitlichen Aufbau unseres Volkes entgegenwirken. Wir wollen nicht das Gastwirtsberufes vernichten, sondern dessen ehrbare Elemente von den Personen befreien, die die Grundlage unserer Aufbauarbeit zu zerstören drohen. Der Redner erinnert an ein Schreiben des früheren Reichskanzlers Cuno an die Landesregierungen, in der es als eine Herausforderung aller Reichsteile den wie aller aufständigen Kreise bezeichnet wird, daß noch Schlemmerei und Alkoholmißbrauch getrieben wird und führt fort: Von den großen Volkskrankheiten, die so unendlich Schaden anrichten, müßte der Alkoholismus an erster Stelle genannt werden. Wir verlangen nicht die Trodenlegung Deutschlands, sondern bekämpfen die katastrophalen Folgen des Alkoholismus bei einem Volke, das einen zehnjährigen Leidensweg hinter sich hat und bei dem auch der Genuß geringer Mengen von Alkohol eine viel schlimmere Wirkung als früher hervorruft. In diesem Augenblick kann auf die Wirkungen des Alkoholismus nicht näher eingegangen werden. Aber ein Beispiel sei heute angeführt. In der städtischen Heil- und Pflegenanstalt in Dresden wurden im Jahre 1908 279 Trinker behandelt, im Jahre 1912 waren es 326, im Jahre 1917 ist die Zahl auf 16 heruntergegangen. Im Jahre 1923 ist aber die Zahl der Trinker wieder auf 260 gestiegen. (Hört! hört!) An diesen Zahlen kann man doch nicht einfach vorübergehen! In diesem Zusammenhang kann nur darauf hingewiesen werden, welche Schäden der Alkoholismus in bezug auf die Säuglings- und Kindersterblichkeit ausübt, wie die Wirkungen in bezug auf die Geschlechtskrankheiten sind. Nur wer das nackte Berufsinteresse vertritt, kann die Bedeutung dieser Fragen leugnen. Wir brauchen den Wiederaufbau der Wirtschaft und der Volksgesundheit. Unsere Volksgesundheit liegt so tief am Boden, daß endlich vom Reichstag mehr dafür getan werden muß. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag eingebracht, stimmen Sie für ihn, das ist wahrhaft nationale Arbeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auch Frau Abg. Weber (S.) nennt das Schankstättengesetz eine nationale Tat.

Abg. Sparrer (Dem.) erklärt, seine Fraktionsmehrheit sei gegen ein Schankstättengesetz.

Abg. Schiemer (Bayer. Vp.) erklärt, daß in Bayern das Bier ein Nahrungsmittel sei. Bayern werde sich das Bier nicht nehmen lassen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frau Schröder (Soz.):

Wir wollen nur den Gesetzentwurf wiederbekommen, der seinerzeit vom Reichswirtschaftsminister Dr. Beder, dem Mitglied der Volkspartei, eingebracht und ohne Debatte dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen wurde. Warum kämpft man also jetzt so sehr gegen unseren Antrag? Die Bayern brauchen wirklich nicht zu fürchten, daß ihnen das Bier genommen wird. Die Frauen haben das meiste Interesse am Kampf gegen den Alkoholismus. Diejenigen, die sich hier immer als Vorkämpfer für die Familie gebärden, sollten bedenken, wie unzählige Familien durch Trunkenheit des Ehegatten zerstört, wie viele Ehescheidungen dadurch veranlaßt werden. Unsere Jugend ist durch die Kriegesfolge charakterlich schwächer geworden und bedarf des Schutzes. In den geschlechtlichen Anstodungen ist überhaupt die Trunkenheit schuld. Der trunkene Vater ist meist schuld, wenn das Kind krank ist. Gewiß ist die Bekämpfung der Trunkenheit auch eine Aufgabe der Erziehung, aber dazu dient auch das Schankstättengesetz.

Abg. Frau Lüders (Dem.) tritt namens der Minderheit ihrer Fraktion für die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ein.

Deutschland habe 41mal soviel Getreide für die Alkoholherstellung verwendet, wie die Quäker uns an Lebensmitteln gespendet haben.

Der Antrag des Ausschusses, der für die Annahme des sozialdemokratischen Antrags eintritt, wird darauf in nomenklischer Abstimmung mit 200 gegen 168 Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt.

Der deutschnationaler Antrag zum Schutze der Jugend gegen die Gefahr des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens unter Ablehnung der Trodenlegung Deutschlands wird mit 309 gegen 53 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Der Optionsvertrag mit Litauen wird angenommen. Darauf wird die Haushaltsberatung im Reichsverkehrsministerium fortgesetzt.

Abg. Wieland (Dem.) fordert die Förderung des Baus von Kleinbahnen und bedauert die unerschwingliche Höhe der Gütertarife. Ein technisches Ministerium sei für Deutschland ein Staatsnotwendigkeit erstens zur Lösung der wichtigen technischen Aufgaben im Wasserstraßen-, Kraftfahr- und Flugwesen, zweitens zur Gewinnung besserer technischer Kräfte.

Abg. Kollath (Wirtsch. Vp.) erhebt Einspruch gegen die hohen Verkehrsgebühren. Die Reichsbahn dürfe kein Monopol erhalten. Sie sei nicht berechtigt, an Kraftfahrunternehmen oder Speditionsgeschäften sich zu beteiligen.

Abg. Dauer (Bayer. Vp.) protestiert gegen die Beeinträchtigung der bayerischen Rechte durch die Reichsbahn.

Abg. Feder (Nat.-Soz.) bedauert, daß bei den Wasserstraßen die Hoheitsrechte der Länder nicht beachtet worden sind.

Abg. Ged (Soz.) weist auf die Gefahren hin, die den Binnenwasserstraßen infolge der Staffellarie der Reichsbahn und der Seehafenaußenmetarie drohen.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.) erklärt, es sei eine selbstverständliche Folge der Privatisierung der Reichsbahn, daß man ihren Generaldirektor nicht vor den Reichstag zitieren könne. Im Verwaltungsrat seien die meisten Mitglieder Deutsche. Den Männern aus den anderen Staaten müßte man mit Vertrauen entgegenkommen.

Abg. Schuldt (Dem.) weist die Vorwürfe gegen den Generaldirektor Dejer als lächerlich und unbegründet zurück.

Abg. Schmidt-Eitlin (Dnat.) stellt gegenüber dem Vorredner fest, daß tatsächlich von der Reichsbahn zugelassen worden sei, daß die Personalordnung dem Reichstage vorgelegt werden solle.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Meyer-Hannover (Wirtsch. Vp.), Seibert (D. Vp.), Schröder (Nat.-Soz.) und Kirschmann (Soz.), der die Behandlung jener Eisenbahner kritisierte, die im Ruhrkampf mehr als ihre Pflicht getan hätten, weist Reichsverkehrsminister Kroschke darauf hin, daß er sein Amt erst seit kurzer Zeit führe und daher nicht für alle die vielen vorgebrachten Fragen zuständig sei. Die Frage der Werkstättenschließung werde nachgeprüft. Die Reichsbahn habe nicht die Pflicht, ein Speditionsmonopol zu schaffen. Wegen der Tarifwünsche werden Verhandlungen mit der Reichsbahn geführt werden.

Alle wesentlichen Abstimmungen werden bis zur dritten Lesung zurückgestellt. Die Einzelberatung soll später stattfinden.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag 11 Uhr Anträge und Interpellationen über das Dortmund-Grubenunglück, Anträge auf Einstellung des Strafverfahrens gegen kommunistische Abgeordnete. Schluß 11 1/2 Uhr.

Am Freitag Ruhredebatte!

Der Kestenerrat des Reichstages bestimmte in seiner gestrigen Sitzung den Arbeitsplan für Donnerstag und Freitag. Heute soll die Interpellation wegen des Grubenunglücks von der Regierung beantwortet und dann beiprungen werden. Daran wird sich noch die Erledigung der Immunitätsfrage für die kommunistischen Abg. Pfeiffer und Hedert anschließen.

Am Freitag wird über das österreichische Handelsabkommen und über die Denkschrift über die Ruhrkredite verhandelt werden.

Am Samstag wird über das österreichische Handelsabkommen und über die Denkschrift über die Ruhrkredite verhandelt werden.

Am Sonnabend wird die schon früher vorgesehene Pause in den Plenarsitzungen eintreten, die sich auf die ganze nächste Woche erstrecken wird.

Arbeitersport.

Kreisklasse der Frauen!

Die Kreisklasse der Frauen, die am Dienstag, den 10. Februar, durch unglücklichen Verkehr von Reichsbahnmitgliedern getötet wurde, wird am Dienstag, den 24. Februar, 7 Uhr abends, in der bisherigen Halle in Schönberg, Kolonnenstr., wieder eröffnet. Alle bundestreuen Vereine, die dort ein bis zwei eifrige Turngenossinnen hinstellen wollen, müssen ein Bestätigungsschreiben mitbringen. Zuschauerern wird der Aufenthalt nicht gestattet!

Arbeiter-Turn- und Sportklub, 1. Kreis (Stavina Brandenburg). Der Kreisrat des 1. Kreises hält seine erste Sitzung am Sonntag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Rathausamt, Luststraße 10 (Zahl. Luststraße) ab. Zum Kreisrat gehören: 1. Vorsitzender: Max Reichert, Schanbau, Kurkr. 2; 2. Vorsitzender: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; Schriftführer: A. Schulze, Berlin-Brandenburg, Behnhöfen 4; Kassierer: Max Schulze, Berlin, Behnhöfen 4; 1. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 2. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 3. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 4. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 5. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 6. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 7. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 8. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 9. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 10. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 11. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 12. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 13. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 14. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 15. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 16. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 17. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 18. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 19. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 20. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 21. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 22. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 23. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 24. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 25. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 26. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 27. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 28. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 29. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 30. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 31. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 32. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 33. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 34. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 35. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 36. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 37. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 38. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 39. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 40. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 41. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 42. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 43. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 44. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 45. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 46. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 47. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 48. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 49. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 50. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 51. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 52. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 53. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 54. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 55. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 56. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 57. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 58. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 59. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 60. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 61. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 62. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 63. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 64. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 65. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 66. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 67. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 68. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 69. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 70. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 71. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 72. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 73. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 74. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 75. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 76. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 77. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 78. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 79. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 80. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 81. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 82. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 83. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 84. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 85. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 86. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 87. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 88. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 89. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 90. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 91. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 92. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 93. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 94. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 95. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 96. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 97. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 98. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 99. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 100. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 101. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 102. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 103. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 104. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 105. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 106. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 107. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 108. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 109. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 110. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 111. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 112. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 113. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 114. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 115. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 116. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 117. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 118. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 119. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 120. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 121. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 122. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 123. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 124. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 125. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 126. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 127. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 128. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 129. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 130. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 131. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 132. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 133. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 134. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 135. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 136. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 137. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 138. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 139. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 140. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 141. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 142. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 143. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 144. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 145. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 146. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 147. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 148. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 149. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 150. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 151. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 152. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 153. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 154. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 155. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 156. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 157. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 158. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 159. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 160. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 161. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 162. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 163. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 164. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 165. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 166. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 167. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 168. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 169. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 170. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 171. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 172. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 173. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 174. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 175. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 176. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 177. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 178. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 179. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 180. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 181. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 182. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 183. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 184. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 185. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 186. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 187. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 188. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 189. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 190. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 191. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 192. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 193. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 194. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 195. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 196. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 197. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 198. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 199. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 200. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 201. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 202. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 203. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 204. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 205. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 206. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 207. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 208. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 209. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 210. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 211. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 212. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 213. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 214. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 215. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 216. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 217. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 218. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 219. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 220. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 221. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 222. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 223. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 224. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 225. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 226. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 227. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 228. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 229. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 230. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 231. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 232. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 233. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 234. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 235. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 236. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 237. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 238. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 239. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 240. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 241. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 242. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 243. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 244. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 245. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 246. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 247. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 248. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 249. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 250. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 251. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 252. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 253. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 254. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 255. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 256. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 257. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 258. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 259. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 260. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 261. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 262. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 263. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 264. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 265. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 266. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 267. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 268. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 269. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 270. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 271. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 272. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 273. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 274. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 275. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 276. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 277. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 278. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 279. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 280. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 281. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 282. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 283. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 284. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 285. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 286. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 287. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 288. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 289. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 290. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 291. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 292. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 293. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 294. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 295. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 296. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 297. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 298. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 299. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 300. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 301. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 302. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 303. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 304. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 305. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 306. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 307. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 308. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 309. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 310. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 311. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 312. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 313. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 314. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 315. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 316. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 317. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 318. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 319. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 320. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 321. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 322. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 323. Delegationsmitglied: A. Sommerfeld, Berlin, Wilmersdorfer Str. 7; 324. Delegations

Wirtschaft

Konzentration und Produktionsbeschränkung.

Die Bestrebungen, die deutsche Eisen- und Stahlindustrie wieder zu festen Verbänden zusammenzuschließen, schreiten fort. Ihr Zweck ist es, durch eine scharfe Kontrolle der Preise und Produktionen die Herrschaft über den Markt zu sichern. Seit einigen Monaten arbeitet die Rohstahlgemeinschaft, der erste dieser nach der Inflation neugegründeten Verbände, bereits mit großem Erfolg. Dieses Syndikat begann seine Tätigkeit damit, daß es zunächst die Produktion an Rohstahl um 20 Proz. einschränkte. Infolge der lebhaften Nachfrage nach Eisen, die sich gegen Ende vorigen Jahres entfaltete, erhielten diese Werke bereits auf Monate hinaus Aufträge. Trotzdem wurde die Produktionsbeschränkung, die vom Syndikat beschlossen war, nicht ganz beseitigt; die Werke arbeiteten weiter mit einer Einschränkung von zehn Prozent. Im März ist eine 15prozentige Beschränkung der Eisen- und Stahlerzeugnisse beschlossen worden, von der allerdings Halbzeug, Feinbleche so wie Guß- und Schmiedestücke ausgenommen sind.

Das Vorgehen des Syndikats ist eine treffliche Illustration zu der berühmten Parole der Unternehmer: „Nur Arbeit kann uns retten!“ Um die Preise hochtreiben und hochhalten zu können, wird auch bei lebhafter Nachfrage die Erzeugungsfähigkeit der Werke nicht voll ausgenutzt, dadurch werden aber die Produktionskosten ebenfalls auf einer Höhe gehalten, die den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Diesen Nachteilen der kapitalistischen Produktionsregelung stehen gewiß einige Vorteile gegenüber. Verhindert wird vor allem eine Ueberfüllung des Marktes, die scharfe Preisrückgänge und starke Schwankungen im Beschäftigungsgrad der Werke zur Folge haben würden. Diese Vorteile sind aber in der gegenwärtigen Zeit gegenüber den Nachteilen gering. Die verarbeitende Industrie beklagt sich mit Recht über die hohen Rohstoffpreise, die ihr durch das Preisblitz der Schwerindustrie auferlegt werden. Gerade diese Gewerkschaften aber sind für unseren Export und für die Ausgleichung der schwer passiven Handelsbilanz von größter Wichtigkeit.

Die Schwerindustrie geht nun in ihrem Bestreben, die Macht der Kartelle noch wirksamer zu gestalten, wesentlich weiter. Sie verlangt die Erhöhung der geltenden Eisenzölle, die zusammen mit der Kartellorganisation es ermöglichen, die Inlandspreise um den Betrag des Zolls über die Preise des Auslandes, zuzüglich der Transportkosten zu erhöhen. Der Sondergewinn, der daraus entsteht, wird dann erfahrungsgemäß zu einem wesentlichen Teile dazu verwendet, um an das Ausland Halbfabrikate billiger zu verkaufen als an die inländische Produktion. Dagegen schäufen auch die sogenannten Exportvergütungen nicht, wie sie schon vor dem Kriege in Geltung waren und wie sie jetzt in dem neuerlichen Abkommen zwischen Schwerindustrie und Verarbeitungsindustrie wieder vorgelesen sind. Unter diesen Umständen ist eine Erhöhung der Eisenzölle auf das entschiedenste zu bekämpfen.

In der letzten Sitzung der Rohstahlgemeinschaft wurden mehrere Mitteilungen gemacht, die darauf schließen lassen, daß die Schwerindustrie auf das eifrigste an der Stärkung ihrer Kartellmacht weiter arbeitet. Die Rohstahlgemeinschaft, die zurzeit nur mit kurzer Kündigungsfrist ihrer Mitglieder in Geltung ist, soll auf eine Reihe von Jahren gesichert werden. Auch über die Bildung von Verbänden für die Fertigerzeugnisse der Eisenindustrie wird andauernd weiterberaten, und man hofft, in kurzer Zeit die Interessenten unter einen Hut zu bekommen. Zwar bestehen vorläufig noch hinsichtlich der Organisation der Syndikate und in der Frage der Zusammenarbeit mit den Händlern mancherlei Schwierigkeiten. Jedoch ist der Großhändlerverband und der Halbgewerband bereits weitgehend vorbereitet. Ebenso arbeitet man an dem Zusammenschluß der Holzdrahthersteller. Größere Schwierigkeiten sind noch bei der Organisation des Abgases von Stahl- und Formeisen zu überwinden.

Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß die Bemühungen auf einen strengen Zusammenschluß der gesamten Eisenindustrie in den nächsten Wochen sichtbare Erfolge zeitigen werden. Gegenüber der Organisation des deutschen Eisenmarktes ist die Frage der internationalen Syndikatsbildung neuerdings etwas in den Hintergrund getreten. Die Arbeiterschaft, deren Beschäftigung in einem hohen Grade von der Gestaltung der deutschen Rohstoffpreise abhängt, wird die Konzentrationsbestrebungen der Großeisenindustrie mit ihren politischen Auswirkungen im Auge behalten müssen, wenn sie nicht sehr bald vor vollendete Tatsachen gestellt sein will.

Baumwollproduktion und Preise.

Die Baumwolle ist der wichtigste Rohstoff der Textilindustrie und damit von überragender Bedeutung für die Deckung des Kleidungsbedarfs vor allem der Winterhemittel. Die enorme Verteuerung dieses Rohstoffes ist deshalb von erheblichem Einfluß auf die Höhe der Lebenshaltungskosten. Verursacht ist diese Verteuerung nicht zuletzt durch den Rückgang der Weltproduktion. Es wurden nach einer Veröffentlichung des Wiener Instituts für Weltwirtschaft und Seereiseher geerntet (Zahlen in 1000 Ballen zu je 500 engl. Pfund):

	1912/13	1913/14	1922/23	1923/24
Insgesamt	24 409	25 888	20 764	20 881
Darvon in				
Bereinigten Staaten	14 091	14 614	10 488	10 681
Britisch-Indien	4 421	5 066	5 196	5 000
China	2 860	1 968	1 965	2 000
Japan	1 807	1 587	1 243	1 200
Rußland	870	969	187	150
Brasilien	899	887	700	750

Kuher in den hier genannten Ländern wird auch sonst Baumwolle angebaut, besonders in Mexiko, Persien, Fern, Japan und Korea, dann in einigen europäischen Ländern (Ungarn, Italien, Malta), in einigen afrikanischen Territorien und in den nicht besonders genannten südamerikanischen Ländern.

Erfreulicherweise hat das Jahr 1924 eine starke Ermäßigung der im Vergleich mit den Vorjahrespreisen weit überhöhten Baumwollpreise gebracht, wenn auch der Ruher davon durch eine beträchtliche Ueberhöhung der Garnpreise den Verbrauchern zum Teil vorenthalten worden ist. Nach den Preisangaben in „Wirtschaft und Statistik“ kostete in Deutschland Baumwolle bzw. Baumwollgarn im Durchschnitt der einzelnen Monate des Jahres 1924 in Prozenten der Vorjahrespreise:

	Baumwolle	Baumwollgarn
Januar	261	269
Februar	248	266
März	220	264
April	226	262
Mai	240	270
Juni	228	265
Juli	224	244
August	231	234
September	202	205
Oktober	195	218
November	191	220
Dezember	185	222

Während die Baumwolle seit Mai unaufhaltsam im Preise zurückgegangen ist, ist der Preisrückgang für Baumwollgarn im September zum Stillstand gekommen und durch die umgekehrte Bewegung abgelöst worden. Im ganzen liegen die Garnpreise ständig über der relativen Höhe der Rohbaumwollpreise, so daß die deutschen Baumwollgarnspinnereien die Spanne zwischen dem Preis der Rohware und des Halbfabrikats ab ergoß zu halten wußten. Dieser Zustand ist sicher nicht durch die Höhe der Arbeitslöhne bedingt. Mitteilungen von Kennern der Verhältnisse lassen im Gegenteil erkennen, daß die Spinnereien sich durch eine entsprechende Einschränkung auf die für die Bewilligung von Einfuhrerlaubnisbescheinigungen zuständige amtliche Stelle geradezu ein Monopol verschafft haben, das ihnen die Erzielung von Exportprozenten auf Kosten der Verbraucher ermöglicht hat. Die Bestrebungen auf Erhöhung der Garnzölle sollen im Effekt dazu führen, diesen Zustand der monopolistischen Ausbeutung des inneren Marktes zu verewigen.

Die Wünsche der Kartoffelbauer.

Im Zusammenhang mit der Landwirtschaftlichen Woche veranlaßte dieser Tage die Kartoffelbauergesellschaft den 9. deutschen Kartoffeltag, auf dem nach mehreren Referaten namhafter Sachverständiger folgende Entschliessung gefaßt wurde: „Der 9. deutsche Kartoffeltag stellt auf Grund der Referate namhafter Vertreter der Wissenschaft einstimmig die Tollzölle fest.“

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Oldmark des Lebensmittel-Einzelhandels per Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	21,50 - 24,75	Kakao, leicht. entölt	60,00 - 96,00
Gerstengraupen, lose	19,75 - 21,00	Kakao, leicht. entölt	100,00 - 120,00
Malerfloeken, lose	21,00 - 22,00	Tea, Souchon, gepackt	320,00 - 400,00
Malergrütze, lose	21,75 - 22,75	Tea, indischer, gepackt	400,00 - 470,00
Roggenmehl 0/1	19,50 - 21,00	Inlandszucker bas. mel.	29,00 - 32,25
Weizenmehl	22,25 - 25,50	Inlandszucker Raffina	31,50 - 35,00
Hartweizen	27,00 - 29,00	Zucker Würfel	36,50 - 37,75
Malz, Weizenmehl	19,75 - 21,50	Kunsthonig	80,00 -
Weizen-Auszugmehl	21,50 - 23,25	Zuckersirup hell I. Elm.	60,00 -
Speiseerbsen, Victoria	19,00 - 22,25	Speisesirup dunk. I. Elm.	27,00 - 30,00
Speiseerbsen, kleine	15,00 - 16,00	Marmelade, Einf. Erb.	84,00 - 95,00
Bohnen, weiße, I. art.	20,25 - 23,00	Marmelade, Vierfrucht	40,00 -
Langbohnen handverl.	27,00 - 32,00	Pflaumenmusl. Elmern	27,00 - 58,00
Linse, kleine	18,00 - 25,50	Steinsalz, in Säcken	3,10 - 3,40
Linse, mittel	30,50 - 45,50	Steinsalz, in Säcken	3,70 - 4,20
Linse, große	44,00 - 53,00	Siedesalz in Säcken	4,00 - 5,00
Kartoffelmehl	26,50 - 27,00	Bratenschmalz I. Tierk.	84,00 - 84,00
Makkaroni, Hartweizen	26,50 - 31,00	Bratenschmalz I. Kübl.	84,00 - 86,00
Eiernudeln	44,50 - 74,00	Purelard in Tierces	84,00 - 85,50
Bruchreis	13,25 - 15,50	Purelard in Klitten	84,50 - 85,50
Rangoon Reis	14,50 - 20,00	Speisetaig in Packung	65,00 - 66,00
Tafelreis, glas. Patna	24,50 - 32,00	Speisetaig in Kübeln	—
Tafelreis, Java	32,75 - 42,00	Margarine, Handelsm. I.	66,00 -
Ringsüßel, amerik.	77,00 - 81,00	desgl. II.	60,00 - 63,00
Getr. Pflaumen 90/100	46,00 - 49,00	Margarine, Spezialm. I.	90,00 - 94,00
Pflaumen, entsteint	72,00 - 80,00	desgl. II.	69,00 - 71,00
Cal. Pflaumen 40/50	66,00 - 67,00	Molkereibutter I. Päck.	221,00 - 225,00
Rosinen I. Klst., Candia	60,00 - 73,00	Molkereibutter, I. Pck.	228,00 - 232,00
Sultanaen Caraburnu	70,00 - 85,00	Molkereibutter II. I. P.	201,00 - 210,00
Korinthen, choice	58,00 - 74,00	Molkereibutter, I. Pck.	211,00 - 216,00
Mandeln, süße Bari	203,00 - 208,00	Auslandbutter in Päck.	228,00 - 210,00
Mandeln, bittere Bari	197,00 - 210,00	Corned beef 1 1/2 lbs p. K.	36,50 - 39,00
Zimt (Cassia)	100,00 - 101,00	Ausl. Speck, geräuchert	103,00 - 105,00
Kümmel, holländischer	50,00 - 54,00	Quadratkäse	25,00 - 42,00
Schwarz Pfeffer Singap.	100,00 - 110,00	Tilsiter Käse, vollfett	115,00 - 125,00
Weißer Pfeffer	113,00 - 170,00	Echter Emmenthaler	165,00 - 175,00
Rohkaffee Brasil	215,00 - 235,00	Echter Edamer 40%	122,00 - 125,00
Rohkaffee Zentralam.	250,00 - 320,00	20%	87,00 - 90,00
Rohkaffee Brasil	270,00 - 310,00	Ausl. ungezucker. Condensmilch 48/16	28,00 - 22,50
Rohkaffee Zentralam.	330,00 - 400,00	Int. ges. Conds - M. 48/14	25,25 -
Röst. Getreide, lose	21,50 - 24,00		

daß die Zeit der Beforgnis vor unzureichender Deckung des Bedarfs an Speisepflanzstoffen für das deutsche Volk überwunden ist; vielmehr der Höhepunkt, den die Kartoffelerzeugung der Vorkriegszeit einnahm, infolge der rastlosen Tätigkeit der deutschen Landwirtschaft, trotz vieler äußerer Hemmnisse, wieder erreicht ist.

Er verlangt, daß nunmehr mit weitgehender Unterstützung der maßgebenden Reichsbehörden an die Stelle der die volle Entwidlung seit Jahren bestimmenden Beschränkungen eine weitgreifende und rechtzeitige Fürsorge dafür tritt, daß der deutsche Kartoffelbau durch Schutz und Umgestaltung aller und jeder Verwendungs- und Verwertungsmöglichkeit der Kartoffeln lebens- und entwicklungsfähig bleibt zur Erfüllung seiner höchsten nationalen Aufgaben: die durch den intensiven Hochfruchtbaubedingte Steigerung der Erzeugertrags des deutschen Ackerbodens.

Die Forderung, „alle und jede Verwendungsmöglichkeit“ der Kartoffeln sorgfältig zu pflegen läuft insbesondere darauf hinaus, die Spiritusbrennerei zu steigern. Das diese nur insoweit volkswirtschaftlich erwünscht ist, als die Spiritusgewinnung für technische Zwecke in Betracht kommt, liegt auf der Hand. Eine Steigerung des Verbrauchs an Trinkbranntwein wäre jedenfalls der teuerste Preis, der für die Erhöhung der Kartoffelproduktion gezahlt werden könnte. Daher ist jeder Versuch, die Branntweinproduktion etwa durch eine neue Liebesgabenpolitik über das volkswirtschaftlich erwünschte Maß hinaus zu verwerfen, zurückzuweisen.

Aus der genossenschaftlichen Internationale. Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt Ende Januar in Frankfurt (Main) eine Sitzung ab. Die Frage der Beziehung zu gewerkschaftlichen Internationalen, die in Gent nicht entschieden wurde, soll zunächst zum Gegenstand einer Umfrage bei den Bundesmitgliedern gemacht werden. Ein Goldenes Buch mit 150 Bildern der Genter Ausstellung (Text französisch) kann infolge Zuschusses aus dem Ausstellungsertrage für 25 Frank abgegeben werden. In der Angelegenheit der schifflichen Angriffe auf italienische Genossenschaften wurde die endgültige Stellungnahme verschoben, da in Italien Vermittlungen angebahnt werden. Das Jahrbuch des Bundes soll vorläufig in Gestalt eines alle drei Jahre in ähnlicher Form erscheinenden Berichts wieder ausgeben. Es soll versucht werden, einige in Gent gefaßte Entschliessungen zur praktischen Durchführung zu bringen (u. a. internationales Bankwesen, Stellung der Frau in der Bewegung, Beziehungen zwischen den verschiedenen Genossenschaftsarten). Ein fünfseitiger Ausschuss soll den Aufbau und die Organisation der Genossenschaftsbewegung der einzelnen Länder von Grund auf studieren. Als erste Aufgabe wurde diesem Unterausschuss die Schaffung geeigneter Werbeliteratur für den dritten internationalen genossenschaftlichen Festtag zugewiesen, der am 4. Juli 1915 stattfindet. Zuletzt wurde noch die Stellung der Kommunisten zum Internationalen Bund und seinen einzelnen Mitgliedern behandelt.

Schillingrechnung in Deutsch-Oesterreich. Vom 1. März an wird in Deutsch-Oesterreich allgemein die Schillingrechnung eingeführt (1 Schilling zu 100 Groschen = 10 000 österreicherische Kronen). Von dem genannten Zeitpunkt an haben Postanweisungen, Postaufträge nach Oesterreich auf Schillinge und Groschen zu lauten. Weißbetrag für Postanweisungen 1000 Schillinge, für Postaufträge 200 Schillinge. Bruttobetrag eines Groschens sind unzulässig. Ferner werden vom 1. März an auch die Nachnahmen auf Postpakete und Postfrachtpakete aus Oesterreich nach Deutschland in Schillingen und Groschen angegeben werden. Weißbetrag 1000 Schillinge.

Was soll ich morgen kochen?

Die Lösung dieser Frage ist oft nicht leicht. Folgende Antwort wird Sie vielleicht nicht überraschen, weil Sie schon längst wissen, daß ein

Oetker = Pudding

ein Mittagmahl oder den Abendstisch ganz glänzend abschließt, vervollständigt, bereichert. — Wenn das sonst Gebotene aus besonderen Gründen nicht immer so ausfallen kann, wie die Hausfrau es gern möchte, so sind ihr Dr. Oetker's Puddingpulver

ein treuer Helfer in der Küche.

Schnell, einfach und ohne besondere Umstände ist ein Pudding gekocht und nach dem Erkalten mit Fruchtsaft oder Schokoladen-Sauce aus Dr. Oetker's Saucepulver auf den Tisch gebracht. Solch ein appetitlich angerichteter Pudding wird am Schluß alle zufriedenen stellen und auch recht gut satt machen.

Besonders empfehlenswert sind:

Dr. Oetker's Puddingpulver nach holländischer Art und zwar Mandelspeise — Rosinenspeise mit Mandelgeschmack — Mandelspeise mit Rosinen.

1 Päckchen Mk. 0.15

Verlangen Sie beim Einkauf nur „Original-Päckchen“ (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Heiligkeit“. Die beliebtesten Oetker-Reszeptbücher erhalten Sie kostenlos in den Geschäften oder wenn vergriffen gratis und franco von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Sonder-Angebot in Schuhwaren

Sandalen braun Bindleder, mit weiser, durchgehender Sohle Gr. 25-30 Gr. 27-30 Gr. 31-35 Gr. 36-42 3⁹⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁵⁰	Damen-Halbschuhe mit Spanne und zum Schütten, in Schwarz 11⁵⁰	Herren-Stiefel und -Halbschuhe mod. schöne Form, schw. E-Box und E-Übersa, vorz. Qual. 10⁹⁰	Kinder-Stiefel schwarz, in vorz. Qual., bequeme Form Größe 27-30 6⁵⁰ Paar
Turnschuhe mit Chromledersohle, in grau Segeltuch Gr. 25-30 Gr. 31-35 Gr. 36-42 2³⁵ 2⁶⁵ 3²⁰	Damen-Spangenschuhe in Braun u. Schwarz, moderne Form, Rahmenarbeit 16⁵⁰	Herren-Stiefel und -Halbschuhe braun Hartkalf, moderne Form, Rahmenarbeit 16⁵⁰	Kinder-Lackschuhe zum Schütten, in Normalform, gutes Material, vorzügliche Ausführung, Größe 27-30 7⁹⁰ Paar
Elegante Damen-Schuhe in Lack u. Spanne, moderne Formen u. Abfälle, Paar 18⁰⁰	Burschen-Schnürstiefel in Schwarz, schöne moderne Form Größe 30-39 8⁹⁰	Sportstiefel für Damen u. Herren schwarz, mit hoher Stahlsohle, gute Verarbeitung 18⁰⁰	Backfisch-Schnürstiefel in Schwarz Größe 35-39 11⁵⁰
Einzelpaare Damen-Halbschuhe in vern. led. Lederarten u. Ausstr. 8⁹⁰	Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee Hermann	Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee Tietz	Weisse Backfisch-Schnürstiefel moderne Form, gute Verarbeitung, Gr. 27-30 2⁹⁰

Die Debatte über die Regierungserklärung.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Die zweite Sitzung des Landtags.

Präsident Bartels eröffnet die neue Sitzung um 4.20 Uhr. In der Besprechung erhält als erster Redner das Wort

Abg. Dr. Winkler (DnL): Das uneingeschränkte Lob des früheren Ministerpräsidenten Braun müssen wir ablehnen. (Sehr wahr! rechts.) Redner verliest eine agitatorisch gehaltene Erklärung seiner Fraktion, die sich über die 2 Monate lange Regierungskrise und das Kabinett Marx beschwert, das dem demokratischen Mehrheitswillen und der von dem Ministerpräsidenten empfohlenen Volksgemeinschaft nicht entspreche. (Lachen b. d. Soz.) Er stütze sich auf die Partei des Klassenkampfes, die in der Zeit, während deren sie die preussische Politik bestimmt hat, sich als völlig unfähig erwiesen hat, den ersten Aufgaben unserer Zeit gerecht zu werden, und die in erster Linie verantwortlich ist für die immermehr zuzogehende Fäulnis in unserem öffentlichen Leben. (Anhaltende Zurufe b. d. Soz.; Zurufe rechts: Barmat!) Die Erklärung schließt mit einem Ruf für Neuwahlen. Dem heute vorgestellten Ministerium werden wir im Sinne nicht nur unserer eigenen Wähler, sondern — wie wir überzeugt sind — der Mehrheit der preussischen Wähler das Vertrauen versagen. (Leb. Beifall rechts.) Wir werden dieses Ministerium mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen, dieses und jedes Ministerium, in dem uns der nach unserer Stärke im Hause und im Lande zunehmende Einfluß vorzuenthalten wird. (Stürm. anhaltender Beifall rechts; jähren b. d. Soz.)

Abg. Dr. Waentig (Soz.):

Die warme Teilnahme, die der Herr Ministerpräsident seinen den Opfern der entsetzlichen Katastrophe im Ruhrkohlenbergbau gewidmet und ihren Hinterbliebenen, haben auch in den Herzen meiner politischen Freunde einen lebendigen Widerhall gefunden. Wir müssen aber auf das ernstlichste wünschen, daß diesen teilnehmenden Worten schnellstens auch hilfsbereite Taten folgen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten) und daß alles Erdenkliche geschieht, um Not und Elend zu lindern und, was nicht minder wichtig ist, die Wiederkehr solcher grauenhaften Ereignisse, soweit das mit Menschenkräften möglich ist, für die Zukunft zu verhindern. Wir sind deshalb der Meinung, daß dieses Unglück der Anlaß zu der Frage sein muß, ob nicht die Republik, in der wir leben, in höherem Maße als bisher einen sozialen Inhalt bekommen muß, ob wir nicht diese Erfahrung zum Anlaß nehmen müssen, eine ganze Anzahl wichtiger Reformen auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung durchzuführen, eine Reform der Sozialversicherung in Aussicht zu nehmen, eine Reform des Arbeiterrechts, insbesondere auch eine Reform des Betriebsrätegesetzes. (Lachen und Zurufe rechts: Neue Besten!)

Der Ministerpräsident hat, was schon der Herr Vorredner hervorgehoben hat, mit einem Lobe begonnen, das er

dem früheren preussischen Staatsministerium

gespendet hat. (Lachen rechts.) Das ist doch eine Tatsache — Er hat diese Regierung als einen ruhenden Pol bezeichnet, als eine Stütze der nationalen Arbeit (große Heiterkeit rechts), als eine Regierung, die keine Krisen durchlaufen hat, als eine Regierung, deren sämtliche Mitglieder stets bestrebt gewesen seien, für Volk und Staat das Beste zu leisten. Wenn das wahr ist — (Lachen rechts und Zurufe: Nein, nein!), und wie sollte es nicht wahr sein, wenn der Ministerpräsident von dieser Stelle eine solche Erklärung abgibt —, wie war es denn möglich, daß eine solche Regierung gestürzt wurde! (Sehr gut! b. d. Soz. — Lachen und Zurufe rechts.) Für diesen Sturz sind nicht staatspolitische, sondern parteipolitische Rücksichten maßgebend gewesen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das ist eine bedauerliche Tatsache, und wenn der Herr Vorredner sich darüber beklagt hat, daß Wachen und Wachen hingegangen sind (Zurufe rechts: Monate!), ohne daß Preußen eine Regierung hätte, so mögen die Herrschaften nur vor ihrer eigenen Lüge stehen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist nicht Schuld der Sozialdemokratischen Partei, wenn dieser Gedanke der Volksgemeinschaft und einer Regierung der Volksgemeinschaft sich durch den Ministerpräsidenten nicht hat verwirklichen lassen. (Zustimmung b. d. Soz. — Ruhe rechts: Klassenkampf!)

Allerdings stehen wir Sozialisten und insbesondere auch wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß der Gedanke einer echten Volksgemeinschaft sich nur auf sozialistischer Grundlage verwirklichen läßt (Sehr richtig! b. d. Soz. — Lachen rechts), nur verwirklichen läßt auf der Grundlage einer Gesellschaftsordnung, die keine Klassengegenstände kennt (Sehr gut! b. d. Soz. — Lachen und Zurufe rechts: Wie Barmat! Wie Kautskis!), einer Gesellschaft (Zuruf rechts: Amerigo!), die die Wurzeln immer erneuter Anspannung von Gegensätzen innerhalb des Volkes unbegreiflich beseitigt.

Aber wir wissen, daß eine solche Reform nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann. Aber wir sind Realpolitiker genug, um den Forderungen des Tages Rechnung zu tragen, und wir haben deshalb keinen Zweifel darüber gefaßt, daß wir unter gewissen Voraussetzungen bereit gewesen wären, uns auf den Boden einer Regierung der Volksgemeinschaft zu stellen. (Lachen b. d. Komm.) Allerdings haben wir nie einen Zweifel darüber gefaßt, daß, wie jede Koalitionsregierung, so auch die Regierung der Volksgemeinschaft und die Politik der Volksgemeinschaft keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft sein kann (Sehr richtig! b. d. Soz.), und daß der Ausgangspunkt für eine solche Politik stets sein muß die Vereinbarung gewisser praktischer Ziele. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir sind es also nicht, die die Verwirklichung des Planes unmöglich gemacht haben, sondern die Herren von der Rechten, welche gerade es veräumt haben, einen sachlichen Boden für die Verhandlungen zu schaffen (Sehr gut! b. d. Soz.), welche eben der Utopie — wenn es, was selbstverständlich der Fall sein muß, ehrlich gemeint ist — einer Gesinnungsgemeinschaft nachjagten, die sich nicht verwirklichen läßt (Sehr gut! b. d. Soz.), um so weniger verwirklichen läßt (zur Rechten), weil Sie ja nun jede Woche immer aufs neue wieder erklärt haben, daß Sie überhaupt nicht bereit wären, in eine politische Gemeinschaft (Zuruf rechts: Mit Herrn Severing!) mit der Sozialdemokratischen Partei einzutreten, angeblich weil wir ihnen nicht christlich, nicht national und vielleicht sogar nicht sozial genug sind, — wobei wir uns allerdings wirklich nicht mit ihnen darüber unterhalten können, was unter den Begriffen des Christentums, der nationalen Gesinnung oder der Vaterlandsliebe und der sozialen Gesinnung zu verstehen ist. (Sehr richtig! b. d. Soz. — Zurufe rechts.)

Bei nun die alte Regierung der Großen Koalition nicht möglich war und weil ebenfalls die neue Regierung der Volksgemeinschaft sich nicht verwirklichen ließ, haben wir nun heute eine Regierung vor uns, die wahrhaftig nicht das Ideal meiner politischen Freunde darstellt. (Zuruf rechts: Den habilitierten Severing!)

Nur mit den allergrößten Bedenken haben wir uns damit einverstanden erklären können, daß unser politischer Freund Severing (Zuruf rechts: Stabilität! wird! — Zurufe bei den Kommunisten.) in dieser neuen Regierung das Innenministerium behalte

(Lebhafte Zurufe: Sachmisch!) und wir sprechen ihm unseren ganz besonderen Dank aus, daß er diese unbotbare Aufgabe —

denn eine solche ist es — auf sich genommen hat. (Sehr gut! b. d. Sozialdemokraten.)

Der Ministerpräsident hat die Parteien aufgefordert, den Streit über die Staatsform zurückzustellen. Es ist Ihnen ja bekannt, daß vor wenigen Tagen auch ein anderer Staatsmann, Herr Dr. Stresemann, denselben Gedanken im Kreise jugendlicher Studenten Ausdruck gegeben hat, indem er gesagt hat, wir könnten uns in unserer heutigen Lage den Luxus des Kampfes um die Staatsform nicht leisten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Meine politischen Freunde haben mich jedoch beauftragt, hier zu erklären, daß es für uns einen Streit über die Staatsform nicht gibt (Sehr richtig! b. d. Soz.), daß für uns die Frage der Staatsform erledigt ist. (Große Unruhe. — Zurufe rechts: Es bleibt bei Barmat! Richter! Bauer!)

Der Ministerpräsident hat dann an einer anderen Stelle eine Bemerkung gemacht, die mißverständlich sein könnte, die man etwa in dem Sinne einer Förderung agrarischer Schulpläne verstehen könnte. Wenn das der Fall sein sollte, so habe ich zu erklären, daß alle derartigen Pläne unserem geschlossenen Widerstand begegnen werden (Hört, hört! und Unruhe), und daß dabei darauf aufmerksam machen, daß wir uns bei dieser Stellungnahme in der Gesellschaft der überwiegenden Mehrheit aller deutschen Volkswirtschaften befinden.

Auch wir sind der Ansicht, daß die Fragen des Finanzausgleichs von ausschlaggebender Bedeutung sind, und wir bedauern es sehr, wenn durch die Länge der Regierungskrise etwa die Entscheidung über diese Fragen in ungünstigem Sinne beeinflusst werden sollte. Ich möchte aber wiederum im Namen meiner politischen Freunde zum Ausdruck bringen, daß, wenn wir auch der Meinung sind, daß bei diesem Finanzausgleich aus von allen Parteien anerkannten Gründen die Interessen der Länder und auch die Interessen der Gemeinden berücksichtigt werden müssen, doch unter keinen Umständen der Finanzausgleich eine Form annehmen darf, die etwa eine Begünstigung der Länder und Gemeinden auf Kosten des Reiches bedeuten könnte.

daß die Form des Finanzausgleichs keineswegs eine derartige sein darf, daß gewissermaßen der Entwicklung Deutschlands zum deutschen Einheitsstaat durch finanzpolitische Maßnahmen irgendwelcher Art ungünstig präjudiziert werden könnte. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Der Ministerpräsident hat weiter mit Recht der Rolle des Mittelstandes gedacht und mannigfaltige Vorschläge zur Verringerung dieser Rolle gemacht. Auch wir sind der Ansicht, daß der sogenannte Mittelstand ganz besonders schwer von der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre betroffen worden ist (Rufe rechts: Ja! — Jetzt auf einmal!), wir sind jedoch der Ansicht, daß eine Pflege der Interessen des Mittelstandes ohne eine gleichzeitige Pflege der Interessen der Arbeiterklasse utopisch ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

In kulturpolitischer Hinsicht möchte ich bei der großen Menge der vom Ministerpräsidenten angeschnittenen Fragen zum Ausdruck bringen, daß wir uns in jedem einzelnen Punkte unsere Entscheidung vorbehalten. (Rufe b. d. Rechten: Die christliche Schule!) Wir möchten aber schon jetzt zum Ausdruck bringen, daß jedenfalls der in der Reichsverfassung festgesetzte Gedanke, daß die Angehörigkeit zu dieser oder jener Konfession kein Anlaß der Begünstigung oder der Benachteiligung sein darf, auf das energischste von dem Ministerpräsidenten vertreten werden muß. (Sehr gut! b. d. Soz. — Rufe b. d. Rechten: Die christliche Schule!) Zum Schluß seiner Ausführungen hat der Ministerpräsident betont, daß es sich heute darum handele, den Zusammenschluß aller Auszubildenden zum Wohle des Volkes herbeizuführen, daß unter aller Ziel die Stärkung Preußens und des Reiches sein müßte. Meine politischen Freunde sehen durchaus auf diesem Standpunkte. Wie wir uns im einzelnen zu den Taten der Regierung verhalten werden, wird von dem abhängen, was wir vor uns sehen. Wir werden jedoch im Gegensatz zu der Erklärung des Herrn Vorredners die Re-

gierung des Ministerpräsidenten unterstützen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) gibt im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei

verjagt dem Staatsministerium ihr Vertrauen,

weil es nach seiner Entstehung und nach seiner Zusammenlegung weder den Grundfäden des parlamentarischen Systems, noch dem in den Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes, noch auch den staatlichen Notwendigkeiten entspricht. Die grundsätzliche und dauernde Zurücksetzung der Vertreter weitaus der Mehrzahl von der Regierung bringt im parlamentarischen Staat mehr noch als im monarchischen eine schwere Schädigung des Staatsgedankens mit sich und birgt große Gefahren, die um so mehr wachsen, je länger die Zurücksetzung andauert. Wenn der Ministerpräsident in seiner Erklärung zur tätigen Mitarbeit aller nationalgesinnten Deutschen aufgefordert hat, so bedauern wir, daß er durch die Zusammenlegung seines Kabinetts nationalgesinnte Parteien zurückgestoßen hat, obgleich sie sich zur Mitarbeit bereit erklärt hatten. Der Träger des Systems Severing, gegen das wir immer angeknüpft haben, gibt der Innenpolitik des Kabinetts die Signatur. Die schmale Basis des Kabinetts und die dadurch bedingte völlige Abhängigkeit von der Sozialdemokratie lassen nicht einmal die Hoffnung zu, daß dieses Kabinett uns wirtschaftlichem und kulturellem Aufstieg zuführen wird. Ein von der Sozialdemokratie abhängiges Kabinett wird in besonderen dem gemerklischen Mittelstand nicht die Förderung angeheißenen lassen, deren er bedarf, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Wir fordern Reinigung unseres Beamtenums von Schanden, die ihm in der Zeit nach dem Umsturz angeheißt sind. Aus den von uns angeführten Gründen muß die Deutsche Volkspartei diesem Kabinett gegenüber in Opposition treten, sie wird diese Opposition sachlich, aber scharf führen.

Abg. Dr. Schmidt-Lichtenberg (S.) wendet sich gegen die Erklärungen der beiden Rechtsparteien und befragt den Verlauf der Regierungskrise und dankt dem Ministerpräsidenten Marx, daß er das Opfer der Regierungsübernahme gebracht hat. (Schallender Beifall i. Zentrum.) Eine Volksgemeinschaft ist nicht eine Gesinnungsgemeinschaft. Die Auslegung, die die Deutschenationalen ihrer Auffassung des Wortes „Volksgemeinschaft“ gegeben haben, wird durch ihre Geschichte nicht bestätigt; diese ist vielmehr ein dauernder Kampf gegen die jetzt kundgegebene Auslegung. (Große Unruhe rechts.) In dem neuen Kabinett sieht man nur einen Sozialdemokraten, ist das kein Unterschied gegen das Kabinett Braun? (Lachen b. d. Komm. und rechts.)

Wenn im Hinblick gerade auf den einen Severing die Zusammenlegung des Kabinetts als Heranforderung bezeichnet wird, so ist diese Angst vor einem einzelnen Manne doch mehr als sonderbar. (Zustimmung und Widerspruch.)

Der Vorwurf, daß das Kabinett fast nur weltliche Minister aufweise, ist peinlich, unpreussisch und eine Beschimpfung für den Westen. (Widerspruch rechts.) Die Deutsche Volkspartei hat noch im September 1924 für Schritte gegen einen Bürgerblock erklärt: Wo liegt denn nun überhaupt der Grund für ihren Austritt aus der Großen Koalition. Jetzt gerade hätte sie doch Gelegenheit, die herriente „nationale Realpolitik“ zu irreführen! (Stürmische Zustimmung im Zentrum und links.) Sie stellen aber offenbar ihr Parteinteresse über das Interesse des Volkes. (Beifall im Zentrum, Mitten rechts.)

Hierauf wird die weitere Besprechung auf Donnerstag 11 Uhr verlegt. — Schluß 1/2 Uhr.

Die demokratische Landtagsfraktion wählte in ihrer Sitzung am Mittwoch den Abg. Falk-Rain zum 3. Fraktionsvorsitzenden. Da die beiden ersten Vorsitzenden Dr. Schreiber und Dr. Hüpper-Ridhoff in das Kabinett eingetreten sind, wird Abg. Falk vorläufig die Fraktion führen.

Poeges Vernehmung im Tschekaprozess

Widerruf seiner bisherigen Aussage.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Im Anschluß an die Fragen der Vorstehenden an Stoblewski kam es zu längeren Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und Neumann, wobei letzterer betonte, daß nirgends irgendein Druck oder eine Beeinflussung auf ihn in der Voruntersuchung ausgeübt worden sei. Wann er zum erstenmal gefragt worden sei, ob er zu seiner Handlungsweise angezweifelt worden sei, könne er nicht mehr bestimmt sagen.

Er habe keine Angaben erst dann rückhaltlos gemacht, als die Partei es fertigbekommen habe, ihn in so schändlicher Weise als Spitzel hinzustellen.

Dann habe er auch von selbst angegeben, daß er von „Helmut“ angezweifelt worden sei, weil dies auch der Tatsache entsprach.

Stoblewski habe er dann aus dem vorgelegten Lichtbild sofort als „Helmut“ wiedererkannt.

Landgerichtsrat Jögel (zu Stoblewski): Sie haben zu Landgerichtsdirektor Vogt gesagt, Sie würden in der Hauptverhandlung alles sagen, dann werde er auch erkennen, wie es in Ihrem Inneren aussieht.

Stoblewski: Das stimmt.

Vorl.: Woran bezog sich denn das?

Stoblewski: Auf die Dame.

Im Anschluß hieran kam es zu längeren Erörterungen über die Frage, ob Herr Winkler, bei dem jene Dame, nämlich die Angestellte der Russischen Botschaft, Maria Schipowa, in der Röderstraße 164a in Berlin gewohnt habe, identisch ist mit dem ebenfalls unter dem Namen Winkler auftretenden Wasserkaufmann Pfaff. Die Reichsanwaltschaft stellt schließlich selbst fest, daß dieser

Winkler in der Röderstraße ein ganz harmloser Mensch sei, worauf die Verteidigung seine Ladung beantragte.

R.-A. Marschner: In der Anklage wird behauptet, daß bei dem Angeklagten Hallupp Quittungen der W.-Abteilung mit der Unterschrift Stoblewskis gefunden seien. Das stimmt nicht.

Landgerichtsrat Jögel: Es handelt sich um die Unterschrift des Mannes, den wir auf Grund der Angaben Neumanns für identisch mit Stoblewski halten.

Neumann: Ich habe nur die Quittungen, die russisch geschrieben sind, übersehen lassen. Ich selbst habe sonst mit „Helmut“ nicht schriftlich verkehrt. Im übrigen beziehen sich diese Angaben nur dem Untersuchungsrichter auf die Schlussfolgerungen, die ich aus verschiedenen Tatsachen zog, ja, daß letzzeit Karten für den Stobach „Helmut“, der in der Russischen Botschaft arbeitete, gekauft worden mußten.

Vorl. (zu Stoblewski): Haben Sie diese Quittungen hier geschrieben?

Stoblewski: Nein, das ist nicht meine Schrift.

R.-A. Rosenfeld: Hat in der illegalen Organisation auch noch ein anderer „Helmut“ gearbeitet?

Neumann: Ja wohl, und zwar ein gewisser Urbedi im Oberbezirk Südwest, der in Stuttgart verhaftet wurde.

Reichsanwalt Neumann: Dieser Urbedi ist inzwischen abgeurteilt worden.

Ueber diese Quittungen kommt es dann zu längeren Erörterungen, in deren Verlauf Stoblewski dem Gericht eine Schriftprobe geben muß, die mit den Quittungen verglichen wird, wobei R.-A. Wolf offensichtliche Unterschiede feststellen will. Im Anschluß hieran richtet Dr. Löwenthal die Frage an Stoblewski, ob es richtig sei, daß Landgerichtsdirektor Vogt ihm erklärt habe, er werde nicht nur zum Tode verurteilt, sondern er werde auch wirklich hingerichtet werden.

Stoblewski: Eigentlich wollte ich darüber nichts sagen. Tatsächlich hat mir Herr Vogt bei der vorletzten Vernehmung vorgehalten, daß in Kronstadt doch Millionen ermordet worden seien. Er hat erklärt: Gegenüber solchen Menschen, wie Sie es sind, haben wir keinen Anlaß, Rücksicht zu nehmen. Sie werden nicht nur zum Tode verurteilt, sondern wir werden dafür sorgen, daß Sie auch hingerichtet werden. (Bewegung.) Auf weiteres Betragen des Verteidigers erklärt Stoblewski, daß er dem Untersuchungsrichter mit Handtasche ein Notgefährt worden sei. Bei der Polizei habe ihn ferner Kriminalkommissar Heller nach der ersten Vernehmung gefragt, ob er nach Rußland wolle, und als Stoblewski dies bejahte, habe Heller erklärt: „Ne, Sie werden in Deutschland einen Kopf länger gemacht, und ehe Sie Rußland wiedersehen, werden wir uns im Himmel wiedersehen.“

Vorl.: Sont sind Sie aber nicht schlecht behandelt worden?

Stoblewski: Nein, das kann ich nicht sagen.

Landgerichtsrat Baumgarten: Was haben Sie denn die acht Jahre in Frankreich gemacht?

Stoblewski: Ich war als Mechaniker tätig.

Landgerichtsrat Baumgarten: Haben Sie sich auch politisch betätigt, als Kommunist?

Stoblewski: Nein. — Weiter erklärt der Angeklagte, daß er bei seiner Ausreise aus Frankreich einen falschen norwegischen Paß gehabt habe. Er habe in Frankreich nicht legal gelebt, weil er feinerzeit von der Franzosenintern deleriert sei.

R.-A. Dr. Wolf macht hierzu aufmerksam, daß nach den geltenden Bestimmungen auch die fremden Truppenkontingente der französischen Armee der französischen Gerichtsbarkeit unterstanden und daß eine Amnestie für Vergehen im Felde erst am 31. Dezember 1924 erfolgt sei. Bis dahin habe Stoblewski also eine Strafverfolgung in Frankreich befürchten müssen. Auf weitere Fragen der Verteidigung gibt Stoblewski weiter zu, daß er vor dem Untersuchungsrichter, abgesehen von dieser eben wiedergegebenen Zeugnung, wie ein Mensch behandelt worden ist, während man ihn bei seiner Verführung zu den politischen Vernehmungen getreten und als „russischen Lumpen“ beschimpft habe.

Die Verteidigung ersuchte um die Protokollierung dieser angeblichen Erklärungen des Untersuchungsrichters und des Kriminalkommissars Heller, was der Vorsitzende mit dem Bemerkten abkante, daß zunächst eine Gegenüberstellung dieser beiden Herren mit dem Angeklagten Stoblewski erforderlich sei.

Rechtsanwalt Neumann: Sie haben früher erklärt, daß Sie aus Feingefühl für Fräulein Schipowa nicht zugegeben hätten, daß Sie sie kennen. Wie erklären Sie es, daß Fräulein Schipowa, die als Zeugin vernommen wurde, aber sofort gesagt habe, daß sie mit Stoblewski monatelang unter dem Namen Pawel verkehrt habe. Sie sagen, Sie seien am 27. Februar aus Frankreich nach Berlin gekommen. Tatsächlich sind Sie dann einen Monat später verhaftet worden. Die Schipowa sagte aber, sie hätte etwa 3-4 Monate mit Ihnen verkehrt.

Stoblewski: In meiner Gegenwart hat sie das jedenfalls nicht gesagt.

Reichsgerichtsrat Baumgarten: Sie behaupten, daß Sie wochenlang sich in Berlin aufgehalten hätten, um sich Ausreisepapiere nach Rußland zu verschaffen. Wollten Sie aus politischen Gründen nach Rußland?

Stoblewski: Nein, es ist doch meine Heimat. — Weiter erklärt der Angeklagte hierzu, daß er sich in Holland, wo er auch Freunde gehabt habe, zur Beförderung falscher Pässe zwei Tage aufgehalten habe, bevor er nach Deutschland gekommen sei. Hierauf trat eine kurze Pause ein.

Nach der Mittagspause gab R.-A. Rosenfeld die Anregung, im Hinblick auf verschiedene geäußerte Zweifel, ob Stoblewski wirklich Mechaniker sei, Stoblewski in eine Mechanikerwerkstatt zu führen und ihm dort Gelegenheit zu geben, seine Fertigkeit als Mechaniker zu beweisen. Das Gericht ging auf diesen Vorschlag jedoch nicht ein. Auf Befragen von Rechtsanwalt Neumann, woher er so gut Deutsch spreche, gab Stoblewski an, daß er in Riga im Deutschen Wollenhaus erzogen worden sei. R.-A. Marschner stellte dann an Hand verschiedener Einzelheiten aus der Voruntersuchung noch fest, daß Stoblewski niemals den Versuch gemacht habe, eine eventuelle Identifizierung irgendwie zu erschweren.

Damit war die Vernehmung Stoblewskis vorläufig beendet und als dritter Angeklagter wurde der 24jährige Tischler

Ernst Doege

vernommen, der von 1919 bis 1920 als Heizer auf Torpedobooten der Reichsmarine tätig, ferner auch

Mitglied der Kriminalabteilung der Brigade Ehrhardt

war. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt er zu, daß er Mitglied der K.P.D. war und auch der Gründung der Drisgruppe Leipzig der Partei beigewohnt hat, ferner, daß er sich als politischer Hundstochter- und Bezirksführer betätigt hat, ebenso, daß er im Oktober 1923 als Kontrollkommissar angestellt war und daß er dem Sekretär des „Recko“, nämlich Neumann, unterstand. Doege gibt dann folgende Erklärung an:

„Alle meine Angaben, wie sie in der Anklageschrift stehen, sind das Ergebnis einer monatelangen Inquisition. Ich war gezwungen, alles das, was Neumann schon vorher niedergelegt hatte, preiszugeben, um mich von dem Verdacht zu reinigen, daß ich der Mörder des Kaufmanns war. Die Zustände im Polizeigefängnis von Stuttgart waren einfach mittelalterlich. Nicht einmal Selbste wurden wir uns taufen. Ich widersehe hiermit alle meine Angaben.“

Mit großem Pathos schildert Doege dann seinen Werdegang als Kommunist, wobei er heftige Angriffe gegen die S.P.D. richtet und schließlich auch von dem „geschlechtlich geschwungenen Massenmörder Lubendorff“ spricht.

Vors. (unterbrechend): Sie dürfen hier keine politischen Programmen halten, sondern haben sich auf die Anklage zu erklären. (Unterstellungen im Zuhörerraum.)

Doege: Lubendorff hat in München gesagt, das deutsche Volk habe ihn bei der Durchführung seines „Abenteurers Vaterlandverteidigung“ im Stich gelassen. Die deutschen Arbeiter werden ihm darauf die Antwort geben. In der Resolution hat Oberst gesagt, das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Was es damit auf sich hatte, ist im Magdeburger Prozeß erwiesen worden.

Kommunist und Ehrhardt-Mann.

Als hierauf der Verteidiger Doeges mit ihm eine kurze Rücksprache hält,

beendet Doege seine Ausführungen ziemlich kurz mit der Bestätigung, daß er noch als Mitglied des Spartakusbundes, aber keinesfalls im Auftrag seiner Partei, zum Reichsmehrpartillier-Regiment nach Magdeburg gegangen sei, um dort unter den Soldaten aufklärend zu wirken. Von dort sei er zur Brigade Ehrhardt nach Wilhelmshaven verlegt worden, wo man ihn in der Kriminalabteilung als Ordonnanz verwendet habe. 1920 habe im Exerzierchuppen der Wilhelmshavener Kaserne Ehrhardt in einer Ansprache erklärt, es sei Zeit, der S.P.D. den wohlverdienten Fußtritt für ihren Verrat zu geben. Mit Worten, wie Roste, könne das Schicksal Deutschlands nicht geführt werden. Doege erklärte weiter: Als ich mich dabei etwas ungeschickt benahm, mußte ich mich schleunigst zurückziehen und ging dann zur Minenlaborabteilung der Reichsmarine. 1920 schied ich aus, kam nach Berlin und wurde nun offizielles Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Doege schildert dann, wie er in Dresden Brandler vorge stellt wurde und dann Kleine zuge wiesen worden sei.

Vors.: War Kleine Russe?

Doege: Das weiß ich nicht. Kleine wies mich dann an Neumann, von dem ich erst auf der Polizei in Stuttgart erfuhr, welche Funktion er betreibe. Im Auftrag Neumanns habe ich dann verschiedene Reisen gemacht, u. a. auch nach Stettin, um dort den Verkehr zu organisieren, dann auch nach Thüringen, wo ich zusammenkam mit Neumann tätig war, um zu dem Bayerischen Marsch auf Berlin Stellung zu nehmen. Als die Gefahr einer Illegalität der Partei drohte, erklärte mir Neumann, er habe Auftrag, eine Kommission zu schaffen, deren Aufgabe es sei, die Partei zu kontrollieren und reinzuhalten. Ich erklärte mich bereit, dieser Organisation beizutreten. Neumann las mir die Verpflichtungsformel vor, die ich aber nicht sehr tragisch nahm. Dann sagte mir Neumann, er habe die Aufgabe, das Reichswehrministerium zu beobachten. Erst später erzählte er mir, er beschäufte sich mit Seedi und habe die Absicht, den General zu erschießen. Mir kam die Sache jedoch sehr abenteuerlich vor. Ich habe nicht geglaubt, daß die Partei wirklich den Auftrag erteilt hatte, Seedi zu erschießen, weil dann Deutschland erst recht in ein Heerlager verwandelt und noch mehr gegen jeden Kommunisten vorgegangen worden wäre.

Was die angebliche Sitzung in Dresden zwischen Brandler und Radef betrifft, der ich beigewohnt haben soll, so hat Neumann mir erzählt, daß diese Sitzung stattgefunden habe. Vor meiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter hat man mir auf der Polizei in Stuttgart eine Broschüre in die Hand gedrückt „Das wahre Gesicht der Kommunisten.“ So sind diese Angaben vor dem Untersuchungsrichter entstanden.

Auf das Attentat gegen Seedi zurückkommend, erklärt Doege, er habe nicht gewußt, von wem Neumann beauftragt worden sei.

Vors.: Hat Ihnen Neumann nicht gesagt, daß diese Gruppe eine Terrorgruppe sei, die auch Spitzel zu erledigen habe?

Doege: Ich habe auf der Polizei in Stuttgart ausgefragt, die Gruppe hätte Spitzel zu beobachten. Darauf hat der Kriminalkommissar Koppenhöfer zugefagt: „Und eventuell zu erledigen.“

Vors.: Sie haben bei Ihrer Vernehmung eingehende Angaben über die Einrichtungen der Tscheta gemacht.

Doege: Das habe ich aus der Broschüre erinommen. (Der Angeklagte Neumann lacht vor sich hin und schlägt dabei vor Erregung auf den neben ihm stehenden leeren Stuhl des Doege.)

Vors.: Sie nahmen doch eine ziemlich hervorragende Stellung ein.

Doege: Von der Existenz eines „Recko“ oder eines Fünfer-Kopfes habe ich nichts gewußt und erst auf der Polizei davon erfahren.

In meiner Raslosigkeit habe ich alles zugegeben, als man mir auch noch das Todesurteil demonstrierte.

Vors.: Wer tat das?

Doege: Der Kommissar Koppenhöfer sagte: „Na, Herr Doege, da wackelt der Kopp.“ (Heiterkeit.)

Vors.: Wozu war die L-Gruppe mit Waffen ausgestattet, wenn sie nur beobachten sollte?

Doege: Ich betrachtete diese Waffen lediglich als Dekoration.

Vors.: Sie haben auch zugegeben, daß Sie auch Ampullen mit Bazillen mit Typhus und Gift hatten.

Doege: Die habe ich doch nicht gehabt, sondern Neumann.

Vors.: Woher wußten Sie davon?

Doege: Weil ich sie bei ihm liegen sah.

Vors.: Hatten Sie denn keine Bedenken, sich dieser Gruppe anzuschließen?

Doege: Ich glaubte nicht an die Echtheit der Bazillen. Weiter gibt Doege zu, daß er bei Neumann auch Sprengstoffe habe liegen sehen und daß er, d. h. die Gruppe, einen Kraftwagen besessen hätte. Neumann habe sogar davon gesprochen, daß er von einem gewissen „Helmuth“ den Auftrag habe, die Gruppe zu bilden.

Vors.: In der Voruntersuchung sagten Sie, er habe gesagt, er hätte den Auftrag von Brandler. Weiter haben Sie in der Voruntersuchung von Margies behauptet, daß sein Wesen sich stets mit Umbringen von Menschen beschäftigt habe, daß er der Gruppe vorgeschlagen habe, auf die grausamste Weise Menschen ums Leben zu bringen.

Doege: Ich habe damals Aussagen gemacht, die ich mich heute schämen würde, zu wiederholen.

Ich hatte das Vertrauen zur Partei verloren, weil ich sah, daß unser Anführer vor der Verhaftung Niederlegungen gemacht hat, um uns der Polizei auszuliefern. In einem Zustand der Empörung habe ich dann, weil man mich direkt zum Verbrecher gemacht hat, derartige Aussagen gemacht, die die Partei belastet haben.

Vors.: Das könnte vielleicht erklären, daß Sie ausgepackt haben, aber nicht, daß Sie falsche Beschuldigungen gemacht haben, besonders das, was Sie von Margies gesagt haben, wäre doch die größte Niederträchtigkeit, wenn es nicht wahr wäre.

Doege: Ich kannte Margies nicht und nehme alles zurück, was ich gegen ihn gesagt habe. Man hat mich regelrecht inquiriert und ich habe meine Aussage nur gemacht, um aus der geistigen Tortur hinauszukommen.

Rechtsanwalt Dr. Goldstein: Der Angeklagte Neumann läßt durch mich erklären, daß er sich ganz entschieden gegen den Vorwurf verwahrt, daß er gewisse Aufzeichnungen gemacht habe.

Doege: Sie in die Untersuchungsarbeit ist die Serjegearbeit bei mir betrieben worden. Ich will hier nur meinen Namen nennen. Man hat mir gesagt, Herr Doege, packen Sie nur gegen die K.P.D. aus, dann kriegen Sie höchstens 2 Jahre Zuchthaus und bekommen dann vielleicht einen Pakins Auslaß. Auch mein erster Verteidiger, Herr Dr. Goldstein, hat mir sogar abgetan, einen mir von der Partei gestellten Verteidiger zu nehmen, weil der mich nur anhören wollte, und er hat mir auch gesagt, ich werde vielleicht begnadigt werden, es wäre schon so mancher ins Ausland gekommen. (Im steigender Erregung:) Ich habe gelogen, weil man mich dazu gezwungen hat, zu lügen, aber wenn ich schon ins Zuchthaus gehe, dann wenigstens nicht als Lump. (Bewegung und Enttäuschung im Zuhörerraum.)

Rechtsanwalt Dr. Wolf: Im Hinblick auf die Erklärung des Angeklagten Doege bitte ich, Herrn Dr. Goldstein als Zeugen zu vernehmen.

Rechtsanwalt Neumann: Wir schließen uns diesem Antrage an, da meine Behörde das größte Interesse hat, hier alles restlos aufzuklären.

Das Gericht beschloß demgemäß, den Verteidiger Neumanns, Dr. Goldstein, über die Angaben Doeges als Zeugen zu vernehmen.

Der Offizialverteidiger Neumanns als Zeuge.

Nach der Mittagspause mußte dann der Offizialverteidiger Neumanns, R.-A. Goldstein-Leipzig, seine Anwaltsrobe ausziehen und als Zeuge vor den Richter treten. Am ersten Moment ergab sich die verblüffende Tatsache, daß die Verteidigung, die die Vernehmung beantragt hatte, keine Frage an ihren Kollegen R.-A. Dr. Goldstein zu richten hatte. Es bedurfte erst nachmaliger Fragestellung des Rechtsanwalts Dr. Wolf an Doege, um die nötige Klärung zu schaffen, wobei Dr. Goldstein einmüßig den Sitzungssaal verlassen mußte.

R.-A. Dr. Wolf an Doege: Was ist Ihnen von der Polizei oder von Richtern in Aussicht gestellt worden, wenn Sie die K.P.D. verlassen. Wer hat Ihnen das versprochen und wie und was ist Ihnen versprochen worden?

Doege: Bei der Polizei habe ich sofort meinen richtigen Namen angegeben. Im Polizeigefängnis hörte ich eine Diskussion zwischen dem Gefängnisbeamten und Margies mit an. Daraufhin habe ich meiner Empörung Ausdruck gegeben, daß man uns wie gemeine Verbrecher behandelt.

Vors.: Weshalb denn?

Doege: Ein nicht an der Verhaftung beteiligter Beamter sagte mir: „Hören Sie, Freunde, bei der geringsten Bewegung breche ich Ihnen die Knochen im Leibe.“ Im Polizeigefängnis sagte man schon bei der Einföhrung: „Hier, das ist eine gefährliche Bande.“ Ein Beamter, dem ich die Antwort verweigerte auf die Frage, was ich getan habe, sagte: „Mit euch Gefindel werden wir schon fertig werden.“ Unsere Geismittel wurden als kommunistische Geider beschlagnahmt. In meiner Zelle habe ich so getrunken, daß ich im Anzug schlafen mußte. Welt mir die Unterbringung nicht zusagte, bat ich um eine Ueberlieferung ins Untersuchungsgefängnis. Bei meiner Vernehmung hielt mir Kriminalkommissar Koppenhöfer (Stuttgarter) sofort alles vor, was man bei Neumann an Berichten gefunden hatte und sagte: „Na, Doege, Sie werden sehen, die Kommunistische Partei wird Sie fallen lassen, sie hat Sie ins Feuer geschickt, nun können Sie sehen, wie Sie wieder herauskommen. Erst wenn Sie Aussagen gemacht haben,

werden Sie einen Anstoß bekommen.“ Weiter erklärte er, mir würden als Verbrecher angesehen.

Ich könnte nur auf ein gutes Urteil reflektieren, wenn wir der Kommunistischen Partei alles in die Schuhe schieben. Dann würde ich keine zwei Jahre sitzen und wenn ich wieder rauskäme, würde er mich bei der Polizei beschuldigen. Ich sah, daß wir verraten und verkauft waren, weil man alles bei Neumann gefunden hatte. Ich wollte daher alles so sagen, wie es sich in Wirklichkeit alles abgepielt hatte.

Den Kriminalkommissar Koppenhöfer beschuldigt Doege weiter, daß er dauernd versucht habe, die kommunistischen Führer gegen den Verhafteten auszuspielen mit dem Hinweis, daß die Führer anders lebten, wie die Arbeiter. Ich habe gelogen, wie ich es offen zugebe, aber nur infolge der geistigen Tortur. Ich war ein willenloses Werkzeug der Polizei geworden und habe nur aus Notwehr gelogen, um die Gelüste der Polizei zu befriedigen.

Meine Angaben bei der Polizei stammen aus der Broschüre, die vom „Vorwärts“-Verlag herausgegeben worden ist, die ich von Polizeioberwachmeister Luf erhalten habe. In meiner Angst habe ich von den verschiedenen Teilen der Broschüre Abschriften angefertigt und sie Koppenhöfer einmal als angebliche Befundungen von mir gegeben.

Wir haben auch niemals von einer Tscheta gesprochen, sondern Koppenhöfer hat uns so getauft. Auch

bei meiner Vernehmung von Landgerichtsrat Böhner

bin ich dann bei den falschen Aussagen geblieben, weil Koppenhöfer mir noch weiter gesagt hatte, ich solle ja nicht umkippen. Ich habe es dann mir für die Hauptverhandlung vorbehalten, diesem Herrn die Nase herunterzureißen.

Auch der Untersuchungsrichter Vogt

hat mir ein Referat über die Unbankbarkeit der K.P.D. gegenüber ihren Leuten gehalten. Es kam vor allen Dingen darauf an, den Rüssen zu überführen, der uns ins Feuer geschickt hat. Vogt bezeichnete Maslow als einen Judenjungen. (Im steigender Erregung.) Ich will nicht von den Arbeitern als Lump betrachtet werden.

Ich habe damals in diesem Zustand dem Stoblewski Sachen ins Gesicht geschleudert, die ich heute nicht wiederholen möchte. Ich habe auch gesagt, daß ich ihn als „Helmuth“ kenne. Ich war eben auf dem besten Wege, ein Polizeispitzel zu werden, aber ich habe den Weg zur Arbeiterschaft zurückgefunden. Ich gebe mich nicht zum Kronzeugen gegen die K.P.D. her. (Beizehliche Bravour im Zuhörerraum.)

Vors.: Sie haben doch aber ganz andere Angaben gemacht, was denn das nun alles Schwindel?

Doege: Jamohl.

Vors.: Sagen Sie mal, sollen wir Ihnen das alles wirklich glauben?

Darauf erklärt Doege weiter: Als ich mir die Versprechungen der Polizei schriftlich bestätigen lassen wollte, sagte Koppenhöfer, das gehe nicht, denn das wäre ein Komplott. Aber er werde schon für mich sorgen, vor allen Dingen werde er sehen, daß der Prozeß in Württemberg stattfindet, damit man Einfluß auf die Verhandlung gewinnen könne. In Leipzig habe ich dann dem Offizialverteidiger, Dr. Goldstein, der zweimal bei mir war, von den Versprechungen der Polizei erzählt.

Hierauf wurde

der Offizialverteidiger Neumanns, R.-A. Dr. Goldstein-Leipzig, als Zeuge vernommen. Er befundet, daß Doege ihm seitherzeit mitgeteilt habe, er hätte seine Befundungen bei der Stuttgarter Polizei unter einem gewissen Druck gemacht, weil man ihm Versprechungen gegeben habe. Er habe aber niemals erklärt, daß er diese Befundungen widerrufen wolle, weil sie falsch seien.

Vors.: Doege, warum haben Sie sich Ihrem Verteidiger denn nicht angetraut?

Doege: Weil ich kein großes Vertrauen zu dem Offizialverteidiger hatte.

R.-A. Dr. Goldstein:

Doege sagte sogar, er sei aus der K.P.D. ausgestiegen und nehme auf keinen Fall einen kommunistischen Verteidiger. Er wolle außerdem das, was er von der Partei wisse, noch in einem Artikel veröffentlichen, wobei ich ihn noch unterließen sollte.

Als dann mit einemmal seine Frau einen anderen Verteidiger beschaffte, war er nach sehr erlautet darüber, weil er sich gar nicht erklären konnte, woher sie die Mittel hatte, und sprach die Vermutung aus, daß die Partei ihn wohl doch noch unterkürzte.

Als seitens des Rechtsanwalts weitere Fragen an Dr. Goldstein gerichtet werden sollen, wird zunächst die Frage aufgeworfen, inwieweit dieser von seinem früheren Mandanten Doege von der Amtserschwiegenheit entbunden worden ist. Nach einer Rücksprache mit dem jetzigen Verteidiger tritt eine kurze Pause ein. — Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wurde festgestellt, daß Doege Dr. Goldstein bezüglich anderer Versicherungen von der Amtserschwiegenheit nicht entbindet, so daß damit die Zeugenvernehmung des Anwaltes beendet ist.

Dann wurde in der Vernehmung Doeges fortgesetzt, und zwar wurden zunächst noch einmal die Einzelheiten des Attentatsplanes auf Seedi erörtert. Doege bleibt dabei, daß er nicht an die Ernsthaftigkeit des Unternehmens geglaubt habe, worauf ihm der Vorsitzende vorhält, daß er früher die Schuld an dem Scheitern des Unternehmens lediglich dem Eintritt des Streikweilers zugeschrieben habe. Diese Protokolle Doeges decken sich im wesentlichen mit denen Neumanns.

Vors.: Doege, ist es nun „Helmuth“ (auf Stoblewski zeigend)?

Doege: Nein, ich habe „Helmuth“ nur ganz flüchtig gesehen und weiß es nicht.

Auf Befragen des Rechtsanwaltes Dr. Wolf erklärt Doege dann weiter, er wolle, daß ein Spitzel erledigt in der Partei bedeute, daß die Photographie des Betreffenden durch den Nachrichtendienst verbreitet werde, daß er aus der Partei ausgeschlossen wurde und daß man ihn in der Parteipresse brandmarkte.

Vors.: Sollte er auch getötet werden?

Doege: Nein.

Landgerichtsrat Högel: Im Falle Seedi haben Sie aber erklärt, daß Erledigen töten bedeute.

Doege: Welt Neumann sagte, er wolle Seedi herunterschießen. Weiter ist in dem Protokoll von den Sprengstoffen die Rede, die auf Anraten von Margies für die Gruppe beschafft wurden, und zwar sollten sie von „Albert“ stammen. Der Vorsitzende läßt den Angeklagten Mayer aufstehen und Doege bestätigen, daß er diesen als „Albert“ kennengelernt habe. Ferner heißt es in dem Protokoll, es bestand die Absicht, die Sprengstoffe und das Gift gegen solche Personen anzuwenden, die befreit werden sollten.

Zum Schluß gab es eine lange Auseinandersetzung über die von Neumann angewandte Verpflichtungsformel bei Aufnahme von Gruppenmitgliedern, wobei Neumann schließlich bestimmt erklärt, daß die Verpflichtung auf die Partei erfolge sei. Er erinnere sich dessen ganz genau.

Gegen 3 Uhr abends wurde die Verhandlung auf Freitag früh 9 Uhr verlegt. Donnerstag ist sittingsfrei.

Ihre Erfahrung

mit Ihrem Weihnachtskuchen wird Ihnen gezeigt haben, dass Mondamin-Backpulver das Backpulver für jeden Kuchen ist. Und wenn Ihre Kleinen Geburtstag haben, wenn eine Familienfestlichkeit ist oder wenn Sie zum Sonntag etwas backen, dann nehmen Sie also wieder Mondamin-Backpulver. Ihr Kuchen wird dann genau so gut, wie es der Weihnachtskuchen war, durch das einwandfreie

MONDAMIN-BACKPULVER

ohne Putvergenschmack

Im unerlösten Köln.

Von Wilhelm von Koellen.

Einer der Forschungstreisenden, die von großen Berliner Zeitungen ab und zu in das unbekannte Innere der besetzten Gebiete entsandt werden, hat jüngst in seinem Blatte den Patriotismus der Kölner gepriesen. Wir wollen das hingehen lassen, aber am meisten ist der Kölner doch Sozialpatriot. Nicht erst, seitdem in allen Zeitungsblättern die Weltpolitik um die „Kölner Zone“ kreist, ist er davon überzeugt, daß seine Stadt und sie allein die Aufmerksamkeit der Welt verdient. Dabei zieht er die Grenze, binnen der die Vorzugten wohnen, sehr eng. Schon der linksrheinische, seit mehr als einem Menschenalter eingemeindete Borort Rippes gilt ihm als „Ausland“. Die Bewohner des rechtsrheinischen Deuz, ebenfalls seit nahezu 40 Jahren eingemeindet, werden sich noch in Jahrhunderten nicht zu ebenbürtigen Kölnern emporklimmen können. Weiter landeinwärts hört jede Diskussionsmöglichkeit über Gleichstellung mit einem echten Kölner auf. Ein längerer Aufenthalt in Berlin wird beinahe schon als Deportation empfunden. Daß noch weiter östlich ebenfalls Menschen wohnen, hat man zwar in der Geographiestunde gelernt, aber es gehört nicht zu den Glaubensartikeln, die man unbedingt als wahr hinnehmen muß.

Dieses Köln ist seit nun 6 Jahren britisch besetzt. In Pommern und anderen schwarzweihroten Gefilden, wo die wirklichen nationalen Deutschen wohnen, würden die Einwohner, insbesondere ein hoher Adel, aus Anlaß solcher nationalen Schmach sicherlich in all der Zeit in grauen Gewändern, mit pramzerfurchten Jügen, mit zornsprühenden blauen Augen und bei Rossen und Beten dem Rache- tag der Befreiung entgegengeharrt haben. So sind nun unsere Kölner nicht. Sie halten es, auch gegenüber den Briten, mit der alten Weisheit eines Karnevalsliedes:

Und dann muß da denke
Wie dr' Goldschmiedesung,
Da daß sich nicht zante,
Da zeigte bloß de Jung.

Und wenn einer der Östlichen, wie gesagt allein echten, Deutschen in solchen ersten Zeiten einen Kölner ob dessen Mangel an nationaler Würde zur Rede stellen wollte, so würde er vermutlich mit einem anderen Karnevalsliede ausgefungen werden:

Ku sel vergnög un mol jet drop,
Räg dich net op; räg dich net opl!

Hoffen wir, nicht mit einem Landesverratsprozeß bedacht zu werden, wenn wir der Welt nicht länger verschweigen, daß sich die Kölner leider nicht täglich mit der Sorge quälen, wann endlich eine hohe „nationale“ Reichsregierung in Berlin sie von den englischen Truppen befreien wird. Köln hat es für einige Wochen aufgegeben, sich mit den Rüstungen in all den alliierten und nicht alliierten Katen zu beschäftigen und singt und tanzt dafür nach Noten, wo noch ein paar Groschen und ein paar ganze Stiefelsohlen vorhanden sind. Welch ein Slog! Der elf Jahre niedergebaltene Karneval hat alle Dämme zerissen, die man gegen ihn aufschüttete, und hat alles mit fortgeschleppt: Polizeipräsidenten und Oberbürgermeister, Reichsanstalt und Außenminister, evangelische Superintendenten und Jungfrauenvereine. Und dies just an jenem 10. Januar, als Köln nicht geräumt wurde und besagte östliche Deutsche die Kölner am liebsten mit gepanzerten Fäusten gesehen hätten. In letzter Stunde wollte eine hohe Kölner Behörde den Karneval am „Kronerlag“ durch Sperrung der städtischen Säle für Karnevalsgesellschaften verhindern. Da wurden die „Karren“ erst; sie liefen zum Gericht, und es gibt im Karneval noch Richter in Köln: die Stadt wurde verurteilt! Frei liegen den Karnevalsgesellschaften die städtischen Säle. Triumph des Bringen Karnaval!

Seine ganze Heermacht, die er nach dem System der alten Kölner Stadtsoldaten mit Blechhüten und Jöpsen mobilisiert, ist aufgebaut: rote und blaue „Funken“, Infanterie, Artillerie und Kavallerie, und dazu auch die Marketerandier, die „Funken-Marie“. Und das mitten im besetzten Gebiet! Uniformiert, bewaffnet mit Büchsen und Böllern. Noch führt sich England nicht bedroht. Indes wer kann wissen, ob nicht nun die Kontrollkommission vorgeht, wenn der „Bormärts“ das militärische Scheitern in alle Welt schreit. Ueberhaupt ist der ganze Militarismus stadtkölnischer Prägung wieder aufgewacht. Zwar singt man nicht das Ehrhardt-Lied und den Hülser-Marsch — die sind den Rheinländern so fremd wie die Nationalgesänge der Bolschewiken — aber man huldigt der alten Armee durch das seit Jahrzehnten in Köln ehrwürdige Lied:

Es war einmal — ein treuer Husar,
Der lebt sein Mädchen — ein ganzes Jahr!
Ein ganzes Jahr — und noch viel mehr!
Die Liebe na — ha — ham kein Ende mehr!

Der Roman einer Ehe.

Von Iwan Heilbut.

(Schluß.)

„Welch du auch, was du tust?“ fragte ich sie. „Du machst mich wieder zum Kinde. Kann ich noch anders gehen als an deiner Hand? Ich bin wie dein Kind.“ — Nichts liebte sie so sehr zu hören wie diese letzten Worte: Ich bin wie dein Kind. — „Sage doch: Ich bin dein Kind,“ gab sie zurück, und es war ihr kein Scherz, in ihren Augen war das Leuchten, und sie fuhr mit ihren großen, weißen Händen durch mein Haar.

„Wann werde ich Mutter sein?“ sagte sie einmal; „wie lange muß ich noch warten?“ Wir sahen nebeneinander und schwiegen. Sie begann von neuem: „Sage mir, wann du mich heiraten willst. Warum klopfst dir dein Herz so laut? Bist du erschrocken?“ — „Ja, ich muß lernen, Liebe,“ entgegnete ich, „wir wollen's ein anderes Mal besprechen.“

Die Wahrheit war aber so, daß mir in diesen Augenblicken die Einsicht gekommen war, die mir das Herz stocken ließ. Mein Herz war voll Angst und Sorge um die Zerbrechtheit der Liebe. Zum erstenmal war mir da der Gedanke gekommen, es könnte einmal zu Ende sein.

Inzwischen hatte ich den Doktorgrad erreicht. Unserer ehelichen Verbindung stand wirklich nichts mehr im Wege — nur mein Mißtrauen: Wenn wir verbunden sind, lösen wir uns voneinander. Ich fühlte damals schon deutscher, was es denn eigentlich war, was mich vor unserer Zukunft-Verzweiflung machte — oder ich wollte mir das selber nicht eingestehen. Denn es erschien mir wie ein Verbrechen gegen die Frau, die mir niemals das letzte Ziel aller ihrer Gedanken verborgen hatte, einen Vorsatz, der den ihren durchkreuzte, in mir zu befestigen.

Vor drei Jahren haben wir einander geheiratet. Ich war damals 26 Jahre. Ich habe mich entschlossen, gegen den Willen der icsen Stimme in mir, dies zu tun — ich mußte sonst fürchten, sie ganz und gar, für immer, zu verlieren. . . den einzigen Menschen, an den ich gebunden war. Sie wissen nicht, wie wunderbar einem Menschen von meiner Art zu Mut sein mußte, wenn er begriff, daß ein Mensch, ein vollkommener, schöner Mensch (ich sage: ein gelegener Mensch, nicht ein Krüppel) so eng sich an ihn schmiegt;

Wie man schon aus der Treue dieses kölnischen Husaren ersehen mag, ist Köln eine fromme, nach Heinrich Heine sogar eine heilige Stadt. Der evangelische Geistlichkeit, die allerdings meist aus dem Osten stammt, ist diese Frömmigkeit noch nicht genügend bekannt; sie wird freilich auch außerhalb der Kirchen nicht sehr ausbringlich zur Schau getragen. Darum glauben jene evangelischen Kanzelredner vor dem Karneval warnen zu müssen. Ihre katholische Konkurrenz hält es mehr mit der Realpolitik und jagt keinen Illusionen nach. Es genügt ihr, wenn ihren Gläubigen zwischen den Karnevals-Abendungen Zeit genug bleibt, um sie und da mit Anstand eine Messe zu besuchen. Der Herr Erzbischof von Köln weiß, daß weniger der alte gute Karneval als vielmehr der neuzeitliche Sport den Teufel auf die christliche Seele los läßt. Er hat daher die Karnevalszeit durch einen Erlaß bereichert, der vor allem gebietet, daß das Lur-

Das Band.



„Fühle, was dies Herz empfindet,
Reiche frei mir deine Hand,
Und das Band, das uns verbindet,
Sei kein schwaches Rosenband!“
(Goethe)

nen — nicht das Längen! — nach Geschlechtern getrennt gesehen muß. Das gilt auch schon für die Kleinen. „Lasset die Kindlein zu mir kommen“ — indes hübsch geordnet nach Abkömmlingen und Hölstein!

Das Turnen

muß nach Geschlechtern getrennt gesehen, und der Turnunterricht muß von Lehrkräften des gleichen Geschlechts wie die Turnenden erteilt werden.

Badezeug beim Turnunterricht ist für Knaben wie für Mädchen nicht zu dulden. Nachübungen jeglicher Art sind zu vermeiden. — Für die Mädchen ist jede Turnübung abzuweisen, die die Körperformen ausformlich betont oder sonst für weibliche Eigenart unangemessen ist. Mädchenturnen soll nur in Hallen oder auf Plätzen veranstaltet werden, wo die Defektheit ausgeschlossen ist. — Schauturnen und Wettkämpfe der Mädchen und Frauen sind abzulehnen; sie wecken jenseit ganz unweibliche Art. Diese Weisung gilt auch für Veranstaltungen innerhalb von Vereinen.

Also der Herr Erzbischof!
Man wird zugeben, daß der Kölner Erzbischof noch reichlich mit der genügenden Bekleidung der Turner, Sportler und Schwimmer zu tun haben wird, bis er die Zeit finden kann, um zu untersuchen, ob etwa auch alles Karnevalistische wahrhaft christlich sei. Einsteilen sind die leuchtenden Vorbilder der Kölner Jugend glücklicherweise nicht Rohlinge wie Körner und Breitensträter, sondern alkohollisch gut imprägnierte alte Karnevalisten. Ihre Heldenporträts

veröffentlichen, mit Karrenmähen und Karrenorden, das offizielle Festbuch der „Großen Kölner Karnevals-Gesellschaft“. Wir finden dort einen narrenbedienten alten Herrn mit folgender Mahnung:

Peter Josef Eitemann, Vizepräsident und Mitbegründer der GKKG. Im hohen Alter von über 80 Jahren noch aktiv, bietet er unserer heranwachsenden Jugend ein leuchtendes Vorbild!

„Aktiv“ im Singen und Schmunzeln, „aktiv“ im Trinken und Lachen, „aktiv“ in allen Tugenden des Karnevals. Verhülle dein Haupt mit der Logo, du alter Rom. Wo hättest du je Helben hervorgebracht von der edlen Art deiner Tochter am Rhein, der zweitausendjährigen Colonia!

Nun ja, es gibt auch Nachseiten. Die Arbeitslosigkeit ist größer als überall. Sie steigt wieder — fällt freilich im Gastwirtsgerwebe. Aber heutzutage nicht. Auch wenn unser Kölner Parteiblat in Sachen Karneval mehr auf der Seite der evangelischen Pastoren steht als auf der des bishöflichen Erzbischofs; die „Rassen“, auch unsere, sind bis zum Himmelsanbruch nicht recht prinzipientreu. Tragt's ihnen nicht nach, ihr Schwarzweihroten, ihr Stahlhelmlente, ihr Ludendorffer. In Köln gedeiht nun einmal der Fanatismus nicht. Nie und auf keinem Gebiete. Und die Lieber der Karren können für den, der in all seiner Verwirrung demütig ist, manchmal mehr Trost bringen als ein schlecht gesungenes Kirchenlied. Welch eine Lebenskraft in diesem Köln, welch ein flehendes Bitten über diese hochmütige und doch so alberne Welt, welch ein selbstverständlicher Glaube, daß sich doch alles wieder einrennen wird: Et hält noch immer, immer, immer god gegange, un et wech als widder god gonn . . .

Stammte die alte Kultur Mexikos und Perus aus China? Diese Frage ist schon aufgeworfen und teils bejaht, teils verneint worden. Gewisse Zusammenhänge schienen vorzuliegen, aber diese waren zu schwach, um als strikte Beweise zu gelten. Es ist aber ganz unwahrscheinlich, daß bei der entwickelten Schifffahrt des alten China niemals Seefahrer nach Amerika gekommen sein sollten. Nicht als Entdecker, aber als Verschlagene. Hatte ein Sturm einmal eine Dschunke nach Osten geworfen, aus dem üblichen Kurs heraus, so kam sie in die Trift des Kuroshio, des ostasiatischen Golfstroms, und dann war es eigentlich sicher, daß die Leute, wenn sie nicht vorher ertranken oder verhungerten, nach Amerika kommen mußten. Im Jahre 1873 veröffentlichte die „Overland Monthly“, eine Monatschrift in San Francisco, die Zusammenstellung von zehn einwandfreien Fällen, in denen japanische Schiffe an die Küste von Nordamerika geworfen worden waren: zehn Fälle in sechzig Jahren. Da lesen wir: 1805 ein japanische Dschunke bei Sitka gestreut; 1813 eine große Barke mit drei noch lebenden Japanern bei den Charlotte-Inseln geboren; 1833 mehrere schiffbrüchige Japaner am Kap Flattery (Washington) von Indianern ermordet oder zu Sklaven gemacht; später eine japanische Dschunke, mit Waizen beladen, an der Mündung des Columbiaflusses gestrandet; 1853 Dschunke mit zwölf lebenden Japanern nach dreimonatiger Irrfahrt nach Kalifornien gekommen, usw. Zehn Fälle in sechzig Jahren; diesmal stets Japaner, denn China schloß damals. Da kann man sicher annehmen, daß früher auch Chinesen, Siamesen und andere Völker an die Westküste Amerikas gespült worden sind. Es waren einfache Schiffer, ohne Priester, die Propaganda machen wollten, ohne feudale Führer, die für ihren König Land eroberten, ohne Gelehrte, Techniker u. dgl., aber praktische Leute, die einen aus dem Norden, die anderen aus dem Süden, manche vielleicht aus dem Innern Chinas stammend. Das erklärt wohl die Eigenart. Es wurde keine Kultur als Ganzes übertragen, sondern aus vereinzelt kleinen Sprigern der Besiedlung, nur hier und da ergab sich allgemach etwas Neues.

Eine „vernichtende“ Kritik. In der „Vossischen Zeitung“ war im Sommer des Jahres 1784 folgender Artikel zu lesen: „An Wahrheit wieder einmal ein Produkt, das unseren Zeiten Schande macht. Mit welcher Eitelkeit kann ein Mensch doch solchen Unsinn schreiben und drucken lassen, und wie muß es in dessen Kopf und Herz aussehen, der solche Geburten seines Geistes mit Wohlgefallen betrachtet kann! — Doch wir wollen nicht delinquirieren. Der 167 Seiten voll eckhafter Wiederholungen gotteslästerlicher Ausdrücke, wo ein Ged um ein dummes affektiertes Mädchen mit der Vorsicht rechnet, und voll trassen pöbelhaften Bijes oder unverständlichen Galimatias durchlesen kann und mag — der prüfe selbst. So schreiben heißt Geschmeiß und gesunde Kritik mit Füßen treten; und darin hat denn der Verfasser sich diesmal selbst übertroffen. Aus einigen Szenen hätte was werden können, aber alles, was dieser Verfasser angreift, wird unter seinen Händen zu Scham und Blase.“ — Der Name des so verrissenen Autors war — Friedrich Schiller und das „Produkt“, das unseren Zeiten Schande macht“, führte den Titel „Kabale und Liebe“!

daß er ihn gewonnen hätte für seinen unruhigen Glauben an sich und sein Glück.

Wenn Sie wissen wollen, wie wir das erste Jahr unserer Ehe und eine gewisse Zeit darüber, zusammenlebten, empfehle ich Ihnen, an das Gespräch zu denken, das wir an jenem Vorfrühlingsmorgen auf der Bank im Park miteinander führten. Ihr Träumen, Denken, Reden und Handeln war: das Kind, das sie empfangen wollte. Sie besinnen sich noch auf meine Entgegnung? Achten Sie auf die Begründung — Sie wissen noch, was ich sagte? — Es kann nicht sein, sagte ich damals, weil meine Praxis zu dürftig ist. Es ist eine Frage der Effizienz. — Auf dies Gespräch im Park besinne ich mich so gut aus zweierlei Grund: Einmal, weil wir diesen Park vorher noch niemals besucht hatten — ein neuer Eindruck, der sich dem Auge mittelst, hält die Erinnerung auch an den Laut, gleichzeitig vernommen, an jedes Wort, an jede Bewegung wach. Aber noch aus anderem Grunde wird mich dies Gespräch unvergänglich begleiten: In jenem Tage leistete ich den letzten Widerstand. Im Anfang des folgenden Jahres wurde sie Mutter eines Mädchens.

Sie sind sehr verwundert. Sie können sich nicht denken, was die Ursache des elenden Zustandes ist, in dem ich vor Ihnen erscheine. Im Anfang meiner Geschichte haben Sie ohne Zweifel vermutet, Kinderlosigkeit unserer Ehe unterminiere sie. Sie sehen sich in Ihrer Vermutung getäuscht. Was Ihnen jetzt zu denken übrig bleibt, wäre zuerst die Annahme, ein anderer könnte der Vater des Kindes sein. Falsch geraten, mein Lieber. Maria hat mich gezwungen, mir selber, mit meinen eigenen Händen, das Grab meines Glücks auszumachen. Haha, Sie verstehen mich wieder nicht. Aber wie ist das einfach.

Vor allem bitte ich Sie, mir aufs Wort zu glauben, daß ich während der ersten einundhalb Jahre unserer Ehe mit einer beständigen Lüge auf meiner Junge gelebt habe, nämlich mit jener Behauptung: die dürftige Praxis gebiete uns, zu entlassen. Das war mein Vorwand. In Wahrheit fürchtete ich ganz anderes. Meine Furcht vor dem Zusammenleben mit ihr hatte ich inzwischen selber verstanden. Was mich bedrohte, war — Aber ich bin nun in der Lage, zu beweisen, daß diese Meinung kein Scham einer hypochondrischen Seele war. Ich habe die Kasabacher gefälligst, aber ich konnte den Willen nicht hemmen, ich konnte dies Kind zum Leben nicht hindern. Und es geschah also, mein Herr . . .

Was bin ich ihr? Was bin ich ihr denn? Sie ist für mich noch immer ein Wunder, heute wie gestern, morgen wie heute. Wie

ein Mensch, der jeden Morgen die Sonne sieht, Inbrünstiger noch von Tag zu Tag — so bin ich; wie ein Raster, der seinen Akkord nie müde wird, erklingen zu lassen. Was bin ich ihr? Der Vater ihres Kindes — nein, auch das nicht, ich war das einmol. Trinken Sie doch, warum trinken Sie nicht? Sie sieht am Wagen und blickt hinein, auf die schlafenden Augen blickt sie, und wenn es erwacht, gibt sie dem Kinde alle zärtlichen Namen. Sie fährt den kleinen weißen Wagen hinaus, durch die Straßen — ich helfe ihr nicht, ihn hinabzutragen, sie tut es allein. Rag sie ihr Kind behüten, wie andere Frauen es tun, mag sie es lieben wie andere Frauen . . . aber was bin denn ich, was bin ich ihr denn, habe ich oft gefragt. Sieht sie mich denn, wenn ich beim Kinde in ihrer Stube bin? Mir ist wie einem Vater nicht einmal zu Mute. Sie hat es von mir empfangen, aber sie hat es verwandelt nach ihrem Belieben und hat mich verachtet. Sie hat über mich gelacht, wenn ich mich in dem Glauben verlor, sie rief nach mir. Und sie lehrte dies Kind, das sie Zeit ihres Lebens gerufen hat, vielleicht schon jetzt, über den Vater zu lachen. Könnte ich ihm nur hinüberhelfen in das Nichts, was es vor zwei Jahren noch schlummerte . . . vielleicht könnte mir das wieder zu einer fragmentarischen Bedeutung verhelfen.

Zu Hause sitze ich wie ein Bisher, ich beklage mich nicht, aber es wird nicht besser darum. Wenn ich es nicht länger ertragen kann, renne ich fort und stürze mir Wein aus das wütende Herz. Das brennt leer, für eine Raub. Ich liege da wie am Nordpol im Eis, ich schlafe im Eis, ohne Traum. Ich bin jetzt durchaus nicht unglücklich, mein Herr, der Morgen ist das fürchterliche in meinem Leben, und der Nachmittag. Und die Nacht, wenn man aus einem Traum erwacht, und die Stille hört, die undurchbrochen bleibt — heute, morgen, in Ewigkeit.

Sie wissen, ich habe oftmals den Tod gesehen. Ich habe mich überzeugt von ihm von Gesicht zu Gesicht: Wir werden zum Leben geboren, um dem Tod übergeben zu werden. Ich finde diesen Gedanken erträglich. Trinken Sie doch, mein Herr. Daß aber die Liebe, die unser kleines Wesen so mächtig bewegt und hebt und adelt — daß diese Liebe in der Erfüllung eines alten Gesetzes, in der Befriedigung des Befehls der Geschlechter wie das Flären von unzufriedenen Buben und das Dallen Betrunkener sterben kann . . . das finde ich so erbärmlich, mein Herr, daß ich nicht weiß, wie ich es dem Schöpfer, der das in unsere Natur gegeben hat, verzeihen soll.“

